

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1930

18.12.1930 (No. 345)

Um welche Produkte handelt es sich? — Ist der deutsche Markt dafür aufnahmefähig? —

In der Hauptsache handelt es sich um Getreide. Der deutsche Getreideimport kommt zum größten Teil aus den überseeischen Getreidefeldern. Die Steigerung der Importquote aus dem Balkangebiet würde naturgemäß die überseeische Importquote vermindern.

Unsere Handelsbilanz ist im Vergleich zu unseren überseeischen Getreideimporten passiv, unser Export an Industrieprodukten in diese Länder vom Import an Getreide also relativ unabhängig.

Demgegenüber eröffnen sich bei dem engen Zusammenhängen von Aufnahmefähigkeit des Balkanmarktes für deutsche Produkte einerseits und Einfuhr der Erzeugnisse des Balkans nach Deutschland andererseits wichtige Aufgaben und Chancen für die deutsche Wirtschaftspolitik. Schwierigkeiten, wie sie bei der Umschichtung des deutschen Importes von seiten des Preis-Niveaus und privater Interessen zutage treten werden, sollten angesichts der volkswirtschaftlichen Vorteile, die sich im Handel mit unseren südöstlichen Hinterländern bieten, zu überwinden sein.

Auch auf dem Balkan scheint man diese Zusammenhänge mehr und mehr zu erkennen, zumal unter dem Druck der auf der Landwirtschaft lastenden Abwärtskräfte. Gaben doch die auf der Konferenz von Sinaia vertretenen Staaten beschlossenen Produkte aus denjenigen Staaten zu importieren, die ihre Erzeugnisse abnehmen werden; ein Handelsangebot, das sich in erster Linie an Deutschland und Oesterreich richtet. Die Not zwingt bereits zu gegenseitiger Fühlungnahme auch auf dem Balkan. Sufarej-Sinaia-Barschau-Alben sind erst Anfänge. Von so etwas, wie einer Balkan-Union ist man natürlich noch weit entfernt, dazu sind die politischen Spannungen noch zu groß. Das Minoritätenproblem steht noch zu sehr im Vordergrund.

Die Frage ist: werden die wirtschaftlichen Zwangsläufigkeiten diese heisse Frage einer annehmbaren Lösung entgegenführen, nachdem politische Lösungsoberflächen sich bieten?

Deutschland als Wirtschaftsmacht darf hierbei nicht abseits stehen, da ihm an einer Sanierung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Balkans in eigenem Interesse gelegen sein muß. Wie wird die deutsche Handels- und Außenpolitik auf Sufarej und Sinaia reagieren?

mit Rücksicht auf die Kosten hat man davon Abstand genommen. Die Hauptfeier wird im Reichstag stattfinden und zwar wahrscheinlich unter Teilnahme des Reichspräsidenten. Mit der Preisfrage für Markenartikel hat sich das Kabinett heute noch nicht beschäftigt, dagegen hat Graf Bernstorff in einer Ministerbesprechung über die Abrüstungsverhandlungen berichtet. Die Besprechungen galt naturgemäß der Vorbereitung der morgigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses.

Vor Weihnachten wird nun am Freitag noch eine Besinnungsfeier stattfinden. Es wird nicht nur die letzte dieses Jahres sein, sondern auch die letzte in dem alten Gebäude der Reichskanzlei. Zwischen Weihnachten und Neujahr wird der Erweiterungsbau begonnen werden, der nun fertiggestellt ist.

Sene fährt nach Westindien

Hamburg, 17. Dez. Generaloberst a. D. Sene wird am 20. Dezember mit dem Motorschiff „Heinz Horn“ der Fernlinie eine Studienreise nach Westindien antreten, bei der zunächst Venezuela aufgesucht wird.

Am die Ministergehälter in Braun'schweig

Braunschweig, 17. Dez. Im Landtag wurde heute das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Minister mit den Stimmen der Nationalsozialisten und Sozialdemokraten gegen die Abgeordneten der bürgerlichen Einheitsliste angenommen. Das Gesetz beseitigt die Pensionsberechtigung der Minister und setzt das Ministergehalt auf 12 000 RM. jährlich fest (gegen 18 000 RM. bisher). Ein Antrag der Bürgerlichen, das Gehalt auf 16 000 RM. festzusetzen, wurde abgelehnt. Angenommen wurde ferner eine Entschädigung, das Staatsministerium zu erhalten, eine Vorlage zu machen, durch die die Gehälter der oberen Beamten soweit herabgesetzt werden, daß sie zu den Amtsgehältern der Minister in einem angemessenen Verhältnis stehen.

Die Fraktion der bürgerlichen Einheitsliste gab eine Erklärung ab, daß es unbillig sei, die Minister in ihrer Verbindung hinter einer anderen Beamtengruppe zurückzustellen. Daß die durch die Entschädigung geforderte Reduzierung der Beamtengehälter, die erheblich über das Maß der Gehaltskürzung durch die Notverordnung des Reiches hinaus liege, weit in die Gruppe der mittleren Beamtenerschaft gehen würde, aus sachlichen und rechtlichen Gründen nicht durchführbar sei, dürfte, so heißt es weiter in der Erklärung, auch den Einbringern der Entschädigung klar gewesen sein. Die Fraktion erwarde, daß der ihr zugehörige Minister im Kabinett hinter die von ihr geforderte Regelung seiner Gehaltsbezüge nicht zurückgehe. Sie sehe darin die einzige Möglichkeit, die Schwierigkeiten zu überwinden, durch die die Sozialdemokratie in demagogischer Absicht die gegenwärtige Regierungskoalition zu stören gedenkt.

Beamtenbund und Notverordnung

Berlin, 17. Dez. (Eigene Meldung.) Der Gesamtvorstand des Deutschen Beamtenbundes hat in seiner heutigen Sitzung zu der durch den Erlass der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 geschaffenen Lage Stellung genommen. Grundfänglich wendet sich der Gesamtvorstand des BDB in Uebereinstimmung mit der Stellungnahme des 7. Bundestages erneut mit aller Entschiedenheit gegen die Finanzpolitik der Reichsregierung, die Finanznöte des Reiches, der Länder und Gemeinden in erheblichem Maße einseitig durch Kürzung der Beamtengehälter zu beheben. Unter Berufung auf Artikel 134 der Reichsverfassung fordert der Gesamtvorstand eine Steuer- und Finanzpolitik, durch die alle Staatsbürger ohne Unterschied im Verhältnis ihrer Mittel zu allen öffentlichen Lasten herangezogen würden. Besonders sei zu beanstanden, daß die in der Notverordnung getroffene Regelung die durchaus gebotene Rücksichtnahme auf die geringverdienenden Beamtengehältern vermissen lasse.

Die als Ausgleich der Gehaltskürzung in Aussicht gestellte Preissteigerung habe bisher keine praktische Bedeutung erlangt.

Der Gesamtvorstand beauftragt den geschäftsführenden Vorstand, alles zu tun, um die Rechtslage zu klären und den Reichstag zu veranlassen, die Gehaltskürzung durch Einstellung sozialer zu gestalten. Daneben sei der Preisbildung besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

2 Kilometer Telegraphendrahth gestohlen

Berlin, 17. Dez. (Eigene Meldung.) Umfangreiche Zerstörungen sind in der vergangenen Nacht von Kupferdieben auf der Strecke zwischen Vernaun und Melchow an der Stettiner Bahn angerichtet worden. Es wurden in einer Ausdehnung von zwei Kilometern von 38 Telegraphenmasten die Bronzebrüche der Fernleitung abgeschnitten. Die Drähte haben ein Gesamtgewicht von über 30 Zentnern. Es scheint, daß verschiedene Bänder sich zusammengetan haben denn es ist ausgeschlossen, daß wenige Personen die riesenmenge Draht hätte fortzuschaffen können. Bronzebraut von der Art, wie er an Fernleitungen benutzt wird, kommt niemals in den Handel. Auch die älteren Drähte, die durch neue ersetzt werden, verkauft die Post nicht, sondern schmilzt sie etc. Da die Diebe nicht damit rechnen dürfen, für die Drähte in ursprünglicher Form einen Abnehmer zu finden, so müssen auch sie über eine Schmelze verfügen.

Angestruener Bank'eiter

Koburg, 17. Dez. Das Erweiterte Schöffengericht verurteilte den früheren Direktor der Vereinsbank Koburg G. m. b. H., Arno Krauß, zu 15 Monaten Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe, den Direktor Hans Mayer, ebenfalls von der Koburger Vereinsbank, zu 10 Monate Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe. Beide Verurteilten haben durch falsche Buchungen die Bank um mehr als 180 000 RM. geschädigt. Der Staatsanwalt hatte für Krauß zwei Jahre sechs Monate Gefängnis und 5200 M. Geldstrafe, für Mayer dreizehn Monate Gefängnis und 2100 M. Geldstrafe beantragt. Das Gericht lehnte in seinem Urteilspruch den Haftantrag des Staatsanwaltes ab.

Allzupol'nisches

Interpellation wegen der Vorgänge in Bresl-Litowsk

Warschau, 17. Dez. Im Warschauer Sejm wurde von Abgeordneten der Zentrosinischen Partei eine Interpellation eingebracht, in der die furchtbare Behandlung der im Militärgefängnis in Bresl-Litowsk eingekerkerten oppositionellen Politiker geschildert wird.

Die Interpellation, die nur von einem Teil der polnischen Presse veröffentlicht wird, legt ausführlich die Leiden der Verhafteten dar. Der sozialistische Führer Dr. Lieberman und die übrigen Gefangenen wurden im Wagen in unbekannter Richtung verschleppt. Dr. Lieberman wurde, nachdem er bereits vorher mit Kolbenstößen traktiert worden war, entleidet und derart geschlagen, daß er über 20 blutende Wunden davontrug. Dr. Lieberman, Prof. Krager und der ehemalige Ministerpräsident Korfanty mußten mit den Händen Aborte reinigen und Fußböden scheuern. Dabei erhielt Dr. Lieberman einen Herzanfall. Als Nahrung erhielten die Gefangenen etwas Brot und warmes Salzwasser.

Oberschlesien eine uralte preussische Kolonie

Katowitz, 17. Dez. (Eigene Meldung.) Anlässlich einer Versammlung der Korfanthpartei im April d. J. hatte der frühere Eisenbahnbeamte Fuhl erklärt, daß Pilsudski es sich nicht habe träumen lassen, daß Oberschlesien jemals zu Polen kommen würde. Als im Jahre 1919 eine polnisch-oberschlesische Delegation von Pilsudski eine finanzielle Unterstützung für die Bestrebungen zur Besetzung Oberschlesiens erbot, habe Pilsudski erklärt: „Also Euch helfe ich nach Polen. Aber Oberschlesien ist eine uralte preussische Kolonie.“ In Folge dieser Mitteilung war Fuhl wegen Verbreitung falscher Tatsachen in erster Instanz zu 6 Monate Gefängnis verurteilt worden.

In der Berufungsverhandlung vor dem Zurgericht gelang es ihm, den Wahrscheinlichkeit für seine Behauptung anzudeuten. Der Sejmabgeordnete Sosinski, wie auch der polnische Justizdirektor Eowandowski erklärten unter ihrem Eid, daß Pilsudski tatsächlich diese Äußerung getan habe. Das Gericht sprach heute nach kurzer Beratung den Angeklagten frei, da ihm der Wahrscheinlichkeit geübt sei. In der Beweisaufnahme kamen einige sehr interessante Einzelheiten über den Empfang der Delegation zum Vorschein.

So beklagte sich Eowandowski darüber, daß Pilsudski die Delegation sehr geringschätzig behandelt habe. Der Marschall habe auf dem Sofa gelegen, als er die Delegation empfing und habe während der Unterredung zuweilen Billard gespielt.

Italienischer Ge'schwaderflug nach Brasilien

Orbello, 17. Dez. 12 Wasserflugzeuge sind heute früh 7.45 Uhr unter dem Befehl des Luftfahrtministers Balbo zum Flug nach Brasilien aufgetrieben. Das Ziel des ersten Flugabschnitts ist die spanische Hafenstadt Cartagena.

Ämtliche Feier des Reichs-ründungstages

Berlin, 17. Dez. (Eigene Meldung.) Das Reichskabinett hat sich heute nachmittag u. a. mit der Frage beschäftigt, wie am 18. Januar die 60jährige Wiederkehr der Reichsgründung gefeiert werden soll. Wie wir hören, ist eine ämtliche Feier geplant, die etwa denselben Charakter trägt, wie die üblichen Verfassungsfeiern am 11. August. Ursprünglich war wohl der Gedanke entworfen, die Ministerpräsidenten der Länder besonders nach Berlin einzuladen;

Die Furcht
Ein französischer Kriegsroman
Von unserem Pariser Berichterstatter.

Die nachträgliche Kriegsliteratur hat auch in Frankreich einen beträchtlichen Umfang erreicht, wenn auch einen geringeren als in Deutschland. Nun ist aber dieser Lage ein Roman mit dem Titel „Die Furcht“ erschienen, dessen Verfasser Gabriel Chevallier heißt und der so ungewöhnlich ist, daß die Aufmerksamkeit auf ihn gelenkt werden muß. Chevallier ist Kriegsfreiwilliger gewesen, der den Krieg von Anfang an mitgemacht hat. Bis zum Waffenstillstand. Er ist kein Kommunist, das Buch enthält sich jeder Parteinarbeit für irgend eine politische Doktrin oder politische Gruppe, es ist die Erinnerung eines jungen Menschen, der alle Seiten des Krieges und alle großen Offenheiten kennengelernt hat. Was er aus diesem Kriege heimgebracht hat, heißt Furcht. Und davon will er erzählen.

Das mußte vorweg weggenommen werden, um den vielleicht möglichen Einwand zu widerlegen, es handle sich bei diesem Buch um eine kommunistische oder sozialistische Propaganda. Der Roman ist auch in keinem Parteiverlag erschienen, sondern von einem großen bürgerlichen Verleger herausgebracht worden.

Die Furcht, das will sagen, daß auch der französische Soldat nicht der „Held“ war, wie ihn Heimkrieger und eine gewisse Art von Frauen sehen wollten. Als er bei seinem ersten Luftenthalt im Lazarett, nach seiner ersten Verwundung bei einem schweren Sturmangriff von einer jungen Krankenschwester danach gefragt wird, was er im Felde vollbracht habe, sagt er — und das ist das Leitmotiv des ganzen Buches —: „Ich will Ihnen die große Beschäftigung des Krieges sagen, die einzige, die überhaupt zählt: ich habe Furcht.“ Das sagt und schreibt ein Mensch, der angegriffen und getötet hat, der Sperrfeuer, Explosionen, Kanfs, überhaupt alles erlebt hat, was der Krieg bringen konnte. „Mein einziger Gedanke“ heißt es vor dem Angriff, „lautet: durch den Angerregen, die Granaten oder Bomben hindurch zu kommen, ihnen zu entgehen, als Sieger oder Besiegter. Sieger sein, heißt leben. Das ist der einzige Gedanke aller Männer um mich

herum. Woran soll ich denken? Sterben? Ich will es nicht für möglich halten. Töten? Das ist das Unbekannte, aber ich habe keine Lust zu töten. Der Ruhm? Man erwidert hier keinen Ruhm, dazu muß man weiter hinten sein. Zwei oder drei hundert Meter in die deutschen Stellungen vorrücken? Ich habe zu oft gesehen, daß das nichts ändert. Ich habe keinen Haß, keinen Ehrgeiz, keinen Beweggrund. Und doch muß ich angreifen.“

Ueber dreihundert engbedruckte Seiten ist der Roman stark, aber immer und immer wieder bemüht er sich, die Sinnlosigkeit dieses Massensterbens zu schildern, dazu die ewige Furcht vor diesem Sterben. Nicht etwa in billiger propagandistischer Manier, rein gefühlsmäßig unter Anrufung ethischer Grundsätze, sondern mitten zwischen graufigsten Gemälden des Schlachtfeldes, bei denen man fühlt, daß jede Zeile erlebt ist. Ein und wieder wird in einer Fußnote ausdrücklich erklärt, daß der geschilderte Fall wirklich geschehen und gesehen und keine reine Phantasie ist. Es wäre auch verfehlt, an Kernschwäche zu denken, denn am Schluß hört bei ihm überhaut das Gefühl der Furcht und des Todes auf. Es ist nur das das Geschehenmüssen übrig geblieben, des anerzogenen, unabwehrbaren Wollens des Schicksals.

Das Buch ist gerecht. Es erzählt die Haltung tapferer und menschlich wertvoller Vorgesetzter, aber es spricht auch von dem Unteroffizier, der die jungen, noch nicht schlachtgeprobten Soldaten aus reiner Bosheit unnütze Uebungen mit schwerem Gewehr machen läßt, es spricht von jenem Hauptmann, der wegen einer Kleinigkeit ins Gesicht schlägt. Man muß den Schlag hinnehmen, wenn man nicht vor das Kriegsgericht oder, noch schlimmer an den gefährlichsten Posten geschickt werden will. Da ist auch der andere Hauptmann, der bei 30 Grad Kälte findet, daß die Mannschaften im Schützengraben nicht genug zu tun hätten und sinnlose Befehle erteilt. Und endlich ist der General von Roculote da, dessen Weisheiten wir aus dem Munde einer Ordnungsgesellen hören. Erstens haben wir das Bajonett. Dieses Bajonett steckt du an das Gewehr und an das Gewehr steckst du einen Infanteristen, der den berühmten französischen Furor besitzt. Gegenüber stehen die Böses. Was muß unweigerlich eintreten? Die Böses fliehen oder verdrücken sich. Warum, meinst du, haben sie vor ihre Linien Stacheldraht gezogen? Wegen des Bajonetts, sagt Roculote. — Zweitens haben wir

das Brot. Der französische Held erhebt sich aus dem Schützengraben und schreit: „Frisch, willst du fressen? Was muß weiterlich eintreten? Frisch stellt sein Gewehr beiseite und kriecht auf dem Bauch hinan. Warum haben sie Stacheldraht vor ihre Linien gezogen? Von wegen des Brots, damit ihre Leute nicht bei der Verteilung herankommen und ihren Komprimierung zu Hause lassen. Es sind Freßer, sagt Roculote, wenn er seinen Burgunder trinkt, sie haben keine Moral. Wir werden sie bekommen, wie wir wollen. Drittens haben wir unsere 75er, die mit drei Schüssen alles zertümmern. Warum haben sie drüben die 42er? Um unsere 75er zu bekämpfen. Aber ich höre noch Roculote sagen: Die Waffen charakterisieren eine Klasse. Sie haben die schwere Artillerie, weil ihr Geist schwerfälliger ist, und wir die leichte, weil unser Geist leicht ist. Der Geist, Herr Minister, beherrscht die Materie. Der Krieg ist der Triumph des Geistes.“ Roculote sagt auch: „Der Kampf stärkt die Kräfte der Nation, er bringt unter Land an die erste Stelle der Menschheit, wir dürfen kein rasches Ende wünschen. Das Frankreich des 20. Jahrhunderts ist im Begriff, sich auszuzeichnen. Freuen wir uns darüber und stellen wir den Ruhm höher als das Leben oder das Tod von ein paar hunderttausend Soldaten. Mit ihrem Blut schreiben sie diese unergiebigen Seiten, ihr Ros ist nicht traug.“ Endlich noch jene graufige Satire im Krankenhaus, wo ein verwundeter Unteroffizier Roculote nachahmt. Der General fragt: „Ich weiß, kleiner Soldat, warum in deinem Augen Traurigkeit steht. Mut, bald lehren wir wieder zur Seite zurück. Ah, du liebst dein Bajonett, kleiner Soldat.“ — „Jahoh, das Bajonett! — Danke, meine Kinder, dankt. Soldaten, ihr werdet mich immer hinter euch zur Stunde des Kampfes fühlen und vor euch zur Stunde der Parade. Wir teilen Leben und Tod.“ „Jahoh! — Soldaten, ich stelle euch den Maschinengewehren. Ihr werdet sie vernichten — Es sind nicht vorhanden — Soldaten, ich stelle euch gegen Kanonen und ihr werdet sie zum Schmelzen bringen — Man wird ihnen das Maul festschnehen — Soldaten, nichts wird euch widerstehen — Nichts, Herr General — Soldaten, ich ahne eure Ungeduld, ich fühle euer Helldenkt lachen. Soldaten, halt kann ich euch nicht mehr zurückhalten, ich sehe, ihr wollt den Angriff — Den Angriff, jahoh! vorwärts!“

Kann man es glauben, wie sie uns den Kopf mit ihrem „Soß der Böker“ berührt haben, ist das letzte Wort des Buches. Ein tapferes Buch.

Ende der deutsch-französischen Verständigung?

Ein kurz vor dem Sturz der Regierung Lardieu aus Frankreich zurückgekehrter Mitarbeiter, der Gelegenheit hatte, mit einflussreichen Franzosen, besonders Katholiken, über politische Fragen sich auszusprechen, schreibt uns:

(D. D.) Die letzten politischen Reden französischer Minister (Briand und Lardieu) stimmen gewiß den Deutschen nachdenklich. Viele Deutsche sprechen von einem Ende der Verständigungsbemühungen. Ich bin gerade aus Frankreich, in dem ich studienhalber gewohnt, zurück; während meines Aufenthaltes habe ich Gelegenheit gehabt, die Ansicht mancher Volkskreise über die Verständigung mit Deutschland zu hören; ich bin in den letzten Jahren mehrfach in Frankreich gewesen und kann bezeugen, daß in der französischen Bevölkerung ganz anders über die deutsch-französische Verständigung gesprochen wird, als in den Klubs und Arbeitsräumen der Politiker. Der Durchschnittsfranzose hatte in den ersten Jahren nach dem Krieg Angst vor Deutschland, heute hat diese nur noch mancher französische Politiker, der gleichsam von der fixen Idee geplagt ist, die Wahlen vom 14. September waren so etwas wie ein Trompetengelächter; siegreich wollen wir Frankreich schlagen. Ja, das glaubt mancher sonst so einrichtige Mann der Zeitungswelt und der politischen Kreise. Vielleicht tut er auch nur so, als glaube er das, um damit die Abrüstung noch etwas hinauszulassen. Jedenfalls habe ich eine seltsame Beobachtung gemacht, nämlich die, daß trotz demokratischer Staatsform nicht die Meinung und die Denkart der Mehrheit der gemäßigten und friedlich denkenden Franzosen, die eine Annäherung an Deutschland wünschen, in der hohen Politik Frankreichs den Ton angibt, sondern der Geist einer „politischen Elite“ und ihrer ewigen Wonne und Herr. Diese Kreise hassen zwar Deutschland nicht, aber sie trauen uns nicht recht. Deutschfreundliche Stimmung vieler Franzosen ist in unpolitischen Kreisen oft anzutreffen; in den französischen Schulen ist dieser Geist stärker als in den französischen Zeitungen und im Parlament. Ein Professor sagte mir: „Ich bin von der Ehrlichkeit des Friedenswillens der deutschen Regierung überzeugt; mein Amt ist aber nicht die Politik, sondern der Unterricht.“ Ich habe Gelegenheit gehabt, die wichtigsten und meist gebrauchten französischen Schulbücher durchzugehen; von Chauvinismus und der früheren deutschfeindlichen Gesinnung sind diese Bücher in der Regel frei; es ist nicht mehr von deutscher Barbarei, nicht mehr von „Hoches“ die Rede. Ich habe 1923 und 1925/26 noch manche französische Lehrbücher gesehen die von dem Kriegesgeist noch nicht restlos befreit sind. Die französische Lehrergewerkschaft hat es fertig gebracht, diesen Geist zu unterdrücken. Das war um so eher möglich, als nicht von Paris aus für ganz Frankreich die Lehrbücher bestimmt werden; die Konferenzen eines Bezirks bestimmen souverän über die Schulbücher, sie hat in vielen Teilen Frankreichs eine energische Säuberungsfunktion unter den deutschfeindlichen Schulbüchern vorgenommen; natürlich gibt es auch noch Gegenden, wo die älteren Bücher zu finden sind. Unter dem Druck der Lehrerschaft mußte ein Verleger ein nationalisiertes Schulbuch umwandern lassen; das beanstandete Buch war nicht länger als ein Jahr in Gebrauch.

Vor fünf Jahren behandelten die meisten Schulbücher die schmachvollen Niederlagen des Krieges 1870/71, denen die glorreichen Vergeltungstriebe von 1914/18 gegenübergehalten wurden. Das besiegte Deutschland von 1918 wurde ziemlich verhöhrt. Seit mehr als drei Jahren wird der Weltkrieg in anderer Tonart behandelt; die Zahlen der Gefallenen werden sorgfältig wiedergegeben. Der Krieg hat längst von seiner Romantik und seiner Herrlichkeit sehr viel eingebüßt; das ist für eine Siegernation, die politisch von den Früchten des Sieges nichts verlieren will, doch schon allerhand. In Frankreich wächst die Zahl derjenigen, die von der Nichtigkeit der Behauptung, Deutschland trage die Hauptschuld für den Krieg, nicht mehr überzeugt sind. Man diskutiert den Kriegsschuldparagrafen des Versailler Vertrages. Wenige Tage vor der enttäuschenden Rede Briands und Lardieus in der Kammer fand eine Aussprache über die Kriegsschuldfrage in Paris statt. Ich erwartete, etwa 50 Teilnehmer anzutreffen; ich war erstaunt, mehrere hundert Franzosen in der Veranstaltung zu treffen, deren Ueberzeugung die ist: der Schuldpruch zu Lasten Deutschlands ist durch die Forschung als ungerecht erwiesen. Schon geht eine Bewegung zur Revision des § 231 durch die Welt. Nicht nur Gerechtigkeit, auch Klugheit gebieten daher dringend, daß Frankreich sich an die Spitze dieser Bewegung stellt, sonst wird es in eine unhaltbare Stellung kommen.

Wie denken denn die französischen Katholiken? Die unfriedliche und deutschfeindliche Gesinnung der französischen Katholiken gehört in das Reich der Fabel. Ein Blick in die katholischen Blätter Frankreichs genügt, um dies zu belegen. In wohlwollender Weise berichten sie über Deutschland; für die Zentrumspartei und die Bayerische Volkspartei äußert man in katholischen Kreisen Frankreichs unverhohlene Bewunderung. Zurückhaltend ist man dagegen Bestrebungen solcher Rassisten, die nur nach Europäer sein wollen und etwas wenig vaterländisch. Die französischen Katholiken verabscheuen vielmehr noch mehr als andere Franzosen den Krieg und seine Greuel. Wer ihnen von Frieden spricht, den fragen sie: brichst du als einzelner Mensch, oder als Vertreter welcher Gruppen und wie stark sind diese? Wer sich nicht als Vertrauensmann einer Gruppe oder von mehreren Gruppen ausweisen kann, wird zwar sehr höflich empfangen, aber nicht so herzlich wie derjenige, der Vertrauen im eigenen Lande besitzt und nachweisen kann.

Unzureichend sind, so sagte mir ein katholischer Redakteur in Frankreich, die bloß auf Interessen wirtschaftlicher oder politischer Art gegründeten Friedensbestrebungen. Die Gesamtheit der Religion, der katholischen Religion, ist ein hartes Band zwischen Deutschen und Franzosen, von dessen Auswirkung jeder gläubige Mensch sich viel versprechen darf. Schreiben wir nicht nur übereinander, beten wir nicht auch füreinander, für eine Annäherung der Geister und Herzen, denen die der Vernunft — und Politik eine Sache des Verstandes — folgen wird. Prof. S. D.

Baden

Eine unerhörte Leistung

Aus Beamtentreisen wird der B. Z. A. geschrieben: Wie aus dem Presse-Bericht über die Sitzung des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung vom 15. Dezember hervorgeht, haben die Nationalsozialisten im Gegen-

Die Volkspartei will nicht am Sozialetat sparen

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat bekanntlich beantragt, im Reichshaushalt für 1931/32 noch weitere 300 Millionen einzusparen. Dieser Beschluß der Reichstagsfraktion wurde von der Berliner Börsenzeitung mit dem Zusatz veröffentlicht, daß nach Ansicht der Deutschen Volkspartei diese Einsparungen hauptsächlich im Sozialetat durchgeführt werden sollen. Dazu stellt die Nationalliberale Korrespondenz, also der amtliche Pressedienst der Deutschen Volkspartei, fest, daß „nach der Auffassung der Deutschen Volkspartei sich die Sparaktion selbstverständlich auf alle nach genauer Prüfung in genügendem Umfange in dem laufenden Etat vorhandenen sachlichen Einsparungsmöglichkeiten, namentlich auch durch organisatorische Vereinfachung, erstrecken soll.“

Wie der Politisch-gewerkschaftliche Zeitungsdiens dazu aus unterrichteten Kreisen erfährt, ist bei der Debatte zum Antrag innerhalb der Fraktion über eine weitere Einsparung am Sozialetat nicht gesprochen worden, vielmehr war man der Ansicht, daß die Einsparungen, wie auch schon die Nationalliberale Korrespondenz andeutete, durch organisatorische Vereinfachung, also durch eine Ueberprüfung des Aufbaues der Reichs- und Länderverwaltungen und in diesem Zusammenhange durch eine Neuordnung des Finanzausgleiches notwendig ist. Hierin gehören auch die besonderen Zulagen, die einzelne süddeutsche Länder in der letzten Zeit erhalten haben. Ebenso war man in den Kreisen der Reichstagsfraktion auch der Meinung, daß eine Einsparung auch am Personaletat des Reiches und der Länder nicht vorübergehen kann. Am Sozialetat haben im letzten halben Jahr so viele Kürzungen stattgefunden, daß hier die äußerste Grenze des Möglichen erreicht ist.

Curtius vor der Deutschen Volkspartei Königsberg

Königsberg, 17. Dez. (Eigene Meldung.) Reichsaussenminister Dr. Curtius sprach am Dienstag abend zu Königsberg vor seinen ostpreussischen Parteifreunden. In einem kurzen Ueberblick zur Abrüstungsfrage wies der Minister auf die Vertragspflicht der Alliierten aus dem Versailler Vertrag hin und auf die Aussichten der allgemeinen Abrüstungskonferenz, wie auf die Wandlungen, die gerade in der Abrüstungsfrage in den letzten drei Monaten eingetreten seien. Dr. Curtius stellte allen Aussichten die einfache klare These gegenüber, daß die deutsche Sicherheit mehr gefährdet sei als die Frankreichs. Er berührte dann das weitere große Problem unserer Tage: Die Revisionsfrage. Dr. Curtius erinnerte an die Stresemannrede in Königsberg, indem er unterstrich, daß Stresemann nicht nur den Blick nach dem Westen in seinem Programm gehabt habe, sondern von Anfang an seine außenpolitische Tätigkeit auf eine breitere Basis stellte. Seine, Curtius Politik in den letzten Monaten sei mit besonderem Nachdruck zum Osten orientiert. Zweck seiner Ostpreußenreise sei, zum Ausdruck zu bringen, daß das Reich Dispreußen nicht im Stich lasse.

Kurz und schmerzlos...

Sitzler-Verammlung und geplante Kundgebungen in Magdeburg verboten

Magdeburg, 17. Dez. Die für den 18. Dezember geplante Kundgebung der Nationalsozialisten, in der Adolf Hitler sprechen sollte, sowie die am gleichen Tage geplanten Kundgebungen des Reichsbanners und der Kommunisten sind vom Polizeipräsidenten verboten worden. Das Verbot erstreckt sich sowohl auf Versammlungen unter freiem Himmel, wie auch in geschlossenen Räumen. Darüber hinaus sind zur Sicherung des öffentlichen Friedens alle Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel vom 18. Dezember 1930 bis 5. Januar 1931 vom Polizeipräsidenten untersagt worden.

saß zur bisherigen gesetzlichen Regelung und entgegen dem Vortrag der Regierung nicht mehr und nichts weniger beantragt, wie diejenigen Beamten, die wegen schwerer Verfehlungen auf dem Strafweg aus dem Dienste entlassen werden, allgemein Pensionsbezüge zuzubilligen. Dieser Antrag ist geradezu unglücklich. Da ist von ruhiger Ueberlegung und Sachlichkeit nicht die geringste Spur mehr. Es ist uns unerfindlich, wie ein solcher Antrag — zumal bei den heutigen Verhältnissen — eingereicht werden könnte. Wer so etwas beantragt, muß von allen guten Geistern verlassen sein. Innerhalb der Beamtenschaft gibt es keinen einzigen vernünftigen Menschen, der etwas Derartiges wünscht, denn die Dienstentlassung kommt ja nur in schweren Fällen in Frage. Und wenn mildernde Umstände gegeben sind, kann ohnedies schon ein Unterstützungsgehalt gewährt werden. Man kann sich diesen nationalsozialistischen Antrag schließlich nur so erklären, daß die Nationalsozialisten aus sehr durchsichtigen Gründen nun unter allen Umständen ihre „Beamtentreue“ immer wieder besonders dokumentieren wollen, oder daß in ihren Reihen solche Beamten eine Heimstätte gefunden haben, die vor allem in politischer Hinsicht oder aus sonstigen Gründen kein reines Gewissen haben und deshalb auf alle Fälle sich eine Pension sichern möchten.

Es ist kein Wunder, wenn diese Glanzleistung im Ausschuß ein wahres Hallel hervorgerufen hat. Man muß sich deren Wirkung einmal ausmalen. Es ist ganz richtig gesagt worden, daß die Nationalsozialisten mit ihrem Antrag der Spitzbüberei Tür und Tor öffnen würden und daß ein Beamter die Möglichkeit bekäme, seine Dienstentlassung mit Bezug des Ruhegehalts zu provozieren, um nachher noch als Doppelverdiener im Weltbetriebe gegen andere Menschen aufzutreten. Wir wollen als Beamter unserer Kollegenchaft gewiß nicht zu nahe treten. Aber diese Möglichkeit wäre in der Tat gegeben. Und nun noch die andere Seite. Was würde die Annahme dieses Nazi-Antrages kosten? Diese Frage muß man doch auch stellen. Oder ist die Geldfrage den Antragstellern so ganz gleichgültig? Fast möchte man dies meinen. Hat man denn darüber in der nationalsozialistischen Landtagsfraktion gar keine Ueberlegungen angestellt? Wir sind überzeugt, daß die Annahme dieses unglücklichen Antrages, Reich, Staat und Gemeinden im Laufe der Zeit ein großes Stück Geld kosten würde. Aber die Nationalsozialisten haben ja, das heißt, sie überlassen die Bewilligung der Mittel anderen Parteien, um hernach um so fröhlicher schimpfen und räkionieren zu können. Diese famose Aktion im Landtag reißt sich würdig an die geradezu wider-

Politische Zusammenstöße in Bonn

Bonn, 17. Dez. In einer Versammlung des Mitteldeutschen Verbandes sprachen gestern Abend in der für Nationalsozialisten auf Grund des Verbotes der Stadtverwaltung unzugänglichen Beethoven-Halle u. a. vier Nationalsozialisten: nämlich Dr. Krummacker-Köln, Reichstagsabgeordneter Schmeer-Nachen, Stadtverordneter Gausmann-Bonn und der Führer der Bonner Nationalsozialisten, Frhr. v. Elz, über die politische Lage und die Vorgänge in Bonn. Dank der umfangreichen Sicherheitsmaßnahmen der Polizei nahm die Versammlung einen ruhigen Verlauf. Heute in den ersten Morgenstunden kam es jedoch in der Altstadt zu Zusammenstößen und Schießereien. Ein Trupp Nationalsozialisten wurde von politischen Gegnern beschossen. Hierbei erhielt ein Nationalsozialist einen Leberchuß, ein zweiter einen leichten Armchuß. In demselben Viertel wurden zwei Studenten von drei Männern überfallen, wobei ein Student einer Stich in den Unterleib erhielt.

Keine Sperrung der Polizeikosten für Bremen

Berlin, 17. Dez. (Eigene Meldung.) Die durch verschiedene Blätter gegangene Nachricht, daß Reichsinnenminister Dr. Wirth dem bremischen Senat die Sperrung der Polizeikosten angekündigt habe, trifft, wie wir aus unterrichteten Kreisen des Reichsinnenministeriums erfahren, nicht zu. Es handelt sich bei der ganzen Angelegenheit um eine interne Meinungsverschiedenheit innerhalb der bremischen Regierung über die Frage des Pensionsalters der Polizeibeamten. Reichsinnenminister Dr. Wirth hat, ohne in diese Meinungsverschiedenheit einzugreifen, in einem Schreiben an die bremische Regierung lediglich auf die Richtlinien für die Polizeiverwaltungen hingewiesen.

Die „Internationale der Gottlosen“ überall abgewiesen

Moskau, 16. Dez. (Eig. Ber.) Aus einer Bemerkung in der „Rabotshaja Moskwa“ ergibt sich, daß versucht worden ist, die „Internationale der Gottlosen“ an acht verschiedenen Orten in Europa außerhalb Deutschlands unterzubringen, daß sich aber überall „unübersteigliche Hindernisse“ entgegenstellten. In Berlin sei wegen des Einflusses der „Freunde Rußlands“ (was ist das für eine Elite?) die Unterbringung der Zentrale möglich gewesen.

Goffentlich wird sie so dümmlich gemacht und zwar nicht nur offiziell unmöglich, sondern auch in der Stille und im Verheimlich.

Der „Sachs“ Steeg

Paris, 17. Dez. (Eig. Ber.) Die fanatische Rechtsprelle mit dem „Figaro“ und der „Liberte“ an der Spitze kämpft gegen den neuen Ministerpräsidenten Steeg mit einem Argument, das in Deutschland Gelächter hervorrufen wird. Steeg ist kein französischer Name, und die Ahnen des neuen Premiers sollen aus dem Freistaat Sachsen, dem früheren Königreich, stammen. Die „Action Francaise“ behauptet, der Vater und der Großvater Steegs seien deutscher Nationalität gewesen. Einem solchen Manne deutscher Abstammung könne man nicht die Leitung der Geschicke Frankreichs übertragen. Dabei hat Steeg in Warschau die Interessen Frankreichs, vom französischen Standpunkt aus, geradezu glänzend verwaltet, und auch als Innenminister hat früher die Rechte nie Anstoß an ihm genommen. Wie in Deutschland, so hat sich aber jetzt auch in Frankreich eine ultrachauvinistische Rechte entwickelt, die von sachlicher Politik nichts mehr wissen will. Uebrigens sollen die Steegs schon seit der Zeit des ersten Napoleon in Frankreich anständig sein.

Die Notlage der Landwirtschaft

Eine Anfrage des nationalsozialistischen Abg. Roth gab dem badischen Finanzminister Veranlassung, über seine Maßnahmen wegen Steuernachschuß bzw. Steuerstundung für die badische Landwirtschaft folgendes in der letzten Landtags-sitzung zur Ausführung zu bringen:

„Der Herr Reichsminister der Finanzen hat von sich und ohne daß es einer Vorstellung bedurfte, bereits durch Rund-erlaß vom 14. November 1930 S. 1950 die Herren Präsidenten der Landesfinanzämter auf die bestehenden allgemeinen Anordnungen hingewiesen, wie die Finanzämter zu verfahren haben, wenn durch ungünstige Witterungsverhältnisse bei der Landwirtschaft Schäden eingetreten sind. Bezüglich der großen Hochwasser- und anderer Schäden insbesondere Witterungsschäden in diesem Jahre sind die Finanzämter angewiesen, für den Kreis der Reichssteuern Anträge auf Stundung und gegebenenfalls auf teilweisen oder gänzlichen Nach- laß im Einzelfalle wohlwollend zu behandeln. Ueber das ein- zuzulebende Verfahren bei der Schadensfeststellung wird im genannten Rund-erlaß verwiesen, wonach im Benehmen mit den Landesbehörden, mit Vertretern der geschädigten Gemein- den und sonstigen geeigneten Personen, insb. andere Ange- hörigen von Berufsvertretungen und Berufsverbänden, Er- hebungen über den Kreis der Geschädigten und die Höhe des jeweiligen Schadens zu machen sind.“

Diese Vorschriften werden nach Mitteilung des Herrn Präsidenten des Landesfinanzamtes hier von den Beamten genau befolgt.

Ich habe im Anschluß an den erwähnten Rund-erlaß des Herrn Reichsministers der Finanzen durch Vermittlung des Herrn Präsidenten des Landesfinanzamtes den Finanzämtern meine früheren Anordnungen in Erinnerung bringen lassen, wonach Gesuche um Stundung oder Nachlaß von Land- steuern, die mit Witterungsschäden begründet werden, mit dem gleichen Verständnis für die wirtschaftliche Notlage der Geschädigten und in gleich entgegenkommender Weise zu be- handeln sind.

Badischer Landtag

Arbeitslosennot und Agrarfrage

Karlsruhe, 17. Dezember 1930.

Gegen 10 Uhr wird die heutige Sitzung bei schwachbesetztem Publikum eröffnet. Präsident Duffner weist energisch einen Angriff des Abg. Köhler (Natsoz.) auf die Objektivität seiner Geschäftsführung zurück.

Abg. Bod (Stomm.) fordert die Verlegung eines kommunizistischen Antrags wegen des Bauernvereins Ostweier und des Verweises der Amerikaner.

Abg. Dr. Hoffmann (Ztr.) spricht sich gegen eine Behandlung der Ostweier Angelegenheit im Plenum aus, ebenso Abg. Seubert (Ztr.). Es wird beschlossen, den Antrag im Ausschuß zu behandeln.

Staatspräsident Rittmann rät dringend von einer Behandlung der Hydridenfrage im Landtag ab, da schwierige Verhandlungen mit Berlin schweben. Dieser Auffassung schließt sich Abg. Maier (Soz.) an. — Gegen die Stimmen der Kommunisten beschließt das Haus Verlegung der Behandlung der kommunizistischen Anträge.

Abg. Seubert (Ztr.) erstattet einen ausführlichen Bericht über das Notgesetz vom 30. Oktober 1930 über die Uebernahme einer Würgschaft des Landes Baden für ein von der Bad. Lokalbahn u. G. anzunehmendes Darlehen. Die Lage der Wieg sei katastrophal. Die Wieg sei schon mehrmals saniert worden. Der Verlust habe im letzten Jahre 285 000 M., in diesem Jahre 300 000 M. betragen. Flüssige Betriebsmittel seien nicht vorhanden. Es bestehe die Gefahr, daß an das 550 Köpfe zählende Personal keine Gehälter mehr bezahlt werden könnten. Um das Chaos zu verhüten, sei der Staat bereit, eine weitere Würgschaft von 100 000 M. zu Auszahlung der Gehälter und Löhne und zur Bedeckung kurzfristiger Schulden zu gewähren.

Bei Enthaltung der Nationalsozialisten wird das Notgesetz vom 30. Oktober angenommen.

Es wird sodann in der Beratung über die

Erwerbslosenfrage

fortgefahren. Es spricht zunächst Abg. Wehner (Soz.), der als Ziel der Wirtschaftspolitik die Beschaffung von Arbeitslosigkeit zur Linderung der Arbeitslosennot ansieht. Die kommunizistischen Anträge seien als utopisch abzulehnen. Die Ausschuhantträge seien einen gangbaren Weg. Die Erziehungsarbeit der Gewerkschaften sei nicht hoch genug anzuerkennen. Es könne keine Rede davon sein, daß in Ausland die Arbeitslosigkeit bekämpft sei. Die Kommunisten hätten keinen Weg zur Mittelbeschaffung anzugeben vermocht. Nur der Sozialismus könne helfen.

Abg. Köhler (Natsoz.) macht das System für die Arbeitslosigkeit haftbar. Die Nationalsozialisten hätten keine Verantwortung der Regierung Wege aufzuzeigen. Die Regierung regiere und die Opposition schaue zu. (Schallende Heiterkeit.) Der November 1918 habe dem Volke nichts gebracht, sondern alles genommen. Die Gemeinden seien am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Wirtschaftliche Blüte verlange politische Macht. Die führenden Männer hätten das Volk über die Tragweite des Plans angeduldet. (Ordnungsruß — Widerspruch.) Die Politik der Nationalsozialisten im Auslandigen Ausschuß des Reichstags sei gradlinig. (Schallende Heiterkeit.) Redner versucht, die nationalsozialistische Abstimmung im Reichstag über die kommunizistischen antikapitalistischen Anträge zu rechtfertigen. Die Frage der Stellung müsse energisch ausgegriffen werden. Redner polemisiert gegen die Sozialdemokratie, die vernichtet werden müsse. (Heiterkeit.)

Präsident Duffner ruft den Abg. Wagner wegen eines gegenüber der Geschäftsordnung gemachten Zureiß „Hajenenhof“ zur Ordnung.

In seinem Schlusswort polemisiert Abg. Klausmann (Stomm.) hauptsächlich gegen die Nationalsozialisten und wirft den Nationalsozialisten vor, trotz ihrem angeblichen Kampf gegen den Youngplan im Reichstagsausschuß für den Youngplan eingetreten zu sein. Der Ausweg der Nationalsozialisten für die Arbeitslosen sei der Selbstmord.

Abg. Heide (Soz.) weist darauf hin, daß die Kommunisten auf Grund der Geschäftsordnung des Landtags die Möglichkeit der Teilnahme an den Ausschuhverhandlungen gehabt hätten. Von dieser Möglichkeit der Begründung ihrer Anträge hätten die Kommunisten keinen Gebrauch gemacht.

Da sonst keine Fraktion sich zum Wort gemeldet hatte, wird nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte abgestimmt. Die kommunizistischen Anträge werden gegen die Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt. Der Ausschuhantrag wird mit allen Stimmen gegen die Kommunisten und Nationalsozialisten bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen angenommen.

Abg. Roth (Natsoz.) begründet seine förmliche Anfrage wegen des Steuerantrages für die Landwirtschaft mit einer allgemeinen Agitationsrede. — Oberfinanzrat Dr. Köhler verliest die Antwort der Regierung, in der auf die vielfachen Ersätze des Ministeriums wegen Steuerantrag und Steuerfindung zugunsten der untervergeschädigten Landwirte hingewiesen wird.

Abg. Bod (Stomm.) wirft den Nationalsozialisten vor, daß sie sich um die wirtschaftliche Notlage des Bauernstandes überhaupt nicht kümmern. Die nationalsozialistische Politik sei Theater, ihre Unterjüngung gelte nur den Großagrariern.

Abg. Hilbert (Wirtschaftspartei) begründet einen Antrag der Wirtschaftspartei, der die Ministerien der Finanzen des Reiches und Landes auffordert, die Finanzämter anzupfeifen, bei Steuerfindungs- und Steuerantraggehenden möglichst human zu verfahren. Die nationalsozialistischen Anträge seien nur eine Spielerei, da sie weder den Mut noch die fachliche Eignung zur Begründung von Anfragen und Anträgen besäßen. Die Nazis hätten vielfach geradezu gegen die landwirtschaftlichen Interessen bei der Zollgesetzgebung gehandelt. Heberall würden von den Nazis die Bürgersteuer abgelehnt mit der Wirkung, daß die Umwälzung in die Höhe gingen. Der Nationalsozialist Merk hätte die evangelischen Landbauern verstoßen, ja den Abg. Hilbert nicht zu wählen, da er sozialistisch sei. (Hör, Hör! im Zentrum.)

Der Antrag Hilbert wird dem Ausschuß überwiesen. Frau Abg. Richter (Deutschn.) spricht sich für eine wohlwollende Berücksichtigung bei der badischen Grund- und Gewerbesteuer aus.

Abg. Hügle (Dem.) bezeichnet die nationalsozialistische Anfrage als durchaus ungeeignet, die landwirtschaftliche Not zu lindern. Abg. Dr. Köhler habe den Reichsfinanzminister nicht gerade herzlich angegriffen wegen des Steuervereinbarungsgesetzes. (Zuruf des Abg. Dr. Köhler: Willigen Sie! Redner: Nein! Heiterkeit.)

Abg. Egger (Ztr.) hätte es für nötig erachtet, daß Abg. Roth die Steuerart, die zu senken oder zu erlassen sei, auch im einzelnen bezeichnen hätte. Der nationalsozialistische Antrag sei in der Tendenz zu billigen, aber über dieses Thema hätte man sich schon im Landtag unterhalten, als die Nazis noch nicht im Landtag saßen. Die Nazis seien etwas spät aufgewacht. Der Antrag sei auf Agitation abgestellt. Die badische Landwirtschaft sei doch schon zu 80 Prozent von Verbrauchssteuer und Reichseinkommensteuer befreit gewesen, dazu kommen die Erleichterungen durch die Notverordnungen, gegen die die Kommunisten und Nazis gestimmt hätten. Die Vorwürfe wegen Artikel 48 von Seiten der Diktaturgewaltner seien lächerlich. Auch in der Milchpreissfrage seien die Nazis zu spät aufgestanden, da der Innenminister schon wegen der

Milchpreissentung verhandelt, ohne daß der Erzeugerpreis gesenkt werde. Ebenso überflüssig sei der Antrag der Wirtschaftspartei. Der Angriff des Abg. Hügle gegen den Abg. Dr. Köhler sei unangebracht, da Hügle die Berechtigung der Ausführungen Dr. Köhlers anerkannt habe. Die Nationalsozialisten hätten ja, wie einmal im „Volkswechachter“ ausgeführt worden sei, keine rentable Landwirtschaft. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.)

Abg. Merk (Natsoz.) wiederholt nun wieder den schon oft gehörten Spruch, es müsse anders werden.

Der Bericht des Abg. Seubert (Ztr.) über die Administrativkredite 1929/30 und 1930/31 wird ohne Debatte einstimmig genehmigt.

Schluß der Sitzung 1 1/2 Uhr. Fortsetzung heute nachmittag 2 1/2 Uhr.

Die Nachmittags-Sitzung

Der Kampf um den Film

Die Nachmittagsitzung begann mit einem Bericht des Abg. Wehmann (Soz.) über einen Antrag der Abg. Siebert (Ztr.) wegen eines härteren Schutzes der Jugend vor fittlich gefährdeten Filmvorführungen. Verlangt wird eine Aenderung des Sittlichkeitsgesetzes und ein Verbot der Länder.

In der Begründung ihres Antrages bezeichnet

Frau Abg. Siebert

die Filmvorführungen über Vorgänge bei der Geburt als eine Verleumdung der Frau. Die Darstellung der Menscheneentwicklung in biologischer Form auf der Leinwand fordere den Protest der christlichen Frauen und Männer heraus. Was vielleicht noch in Berlin anging, sei in Karlsruhe schon bedenklich, auf dem Lande geradezu verheerend. Diese Filme müßten im Interesse der Sittlichkeit und einer Atmosphäre des Anstandes zwischen den Geschlechtern verboten werden. Die Filmgesellschaften hielten zu einem solchen Vorgehen eine Dankabe. Dem christlichen Volksgewissen müsse Rechnung getragen werden. Bei dem großen Export deutscher Filme müsse das Ansehen Deutschlands im Ausland schmerzhaft leiden. Es sei deutsche Ehrensache, auch auf diesem Gebiet im Ausland Eroberungen zu machen. In Skandinavien seien die Hälfte der deutschen Filme verboten worden. Die Filme müßten zur Verbreitung der Ideen und nicht nur zur Werbung von Trieben dienen. Das Sittlichkeitsgesetz müsse sittlichkeitsfördernd wirken, die Sittlichkeitsfilme müsse ebenfalls reformiert werden. Die Kräfte der Sittlichkeit als Lebensgefährter müßten Schutz erfahren.

Präsident Duffner gibt einen nationalsozialistischen und deutschnationalen Antrag bekannt, der auch die nationale Ehre berührende Filme verboten wissen will.

Stimmungsbild

Arbeitslosigkeit und Landwirtschaftsnot — Die Filmdebatte

Karlsruhe, 17. Dezember 1930.

Es gibt in Deutschland eine große Frage, die immer wieder im Brennpunkt der politischen Erörterung steht, das ist die Frage der Erwerbslosigkeit. In zwei Sitzungstagen beschäftigte sich der badische Landtag mit diesem Königsproblem unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik, wie der Abg. Dr. Köhler die Erwerbslosenfrage in seiner ausgezeichneten Rede mit Recht bezeichnete. Wenn auch außer den geradezu flaffischen Darlegungen des Zentrumsredners zum Problem der Arbeitszeitverkürzung nicht gerade neue Gesichtspunkte im Laufe der weitläufigen Debatte sich ergaben, so sind doch einige Ergebnisse der Aussprache gerade vom parteipolitischen Standpunkt aus von ganz besonderem Interesse. Zunächst ist einmal festzustellen, daß die kommunizistischen Anträge zum Erwerbslosenproblem zwar sühne Forderungen aufstellten, daß aber gerade von jener Seite keinerlei gangbare Wege aufgezeigt werden konnten, die mit Sicherheit unter den gegebenen Verhältnissen eine Linderung herbeiführen könnten. Die Debatte ergab weiter, daß die Regierung alles im Rahmen des finanziell Möglichen zu tun bereit ist, um von der Seite der Arbeitsbeschaffung her eine Verminderung unserer bedrohlich ansteigenden Arbeitslosenfiguren herbeizuführen. Die Debatte selbst wurde mit wechselndem Erfolg vom Zentrum, von den Kommunisten und Nationalsozialisten bestritten. Während die Kommunisten in der Beratung auf die Diktatur des Proletariats den Schlüssel zur Behebung der Arbeitslosigkeit gefunden zu haben glauben und so tun, als ob in Ausland alles in schönster Ordnung wäre, sehen die Nationalsozialisten in der Beschimpfung der gegenwärtigen Staatsform und in der Zerstückelung des Youngplanes die einzigen Möglichkeiten, um aus dem Elend heraus zu kommen. So kam es nicht von ungefähr, daß die Nationalsozialisten sich in weitläufigen Schilderungen des russischen Elends ergingen, während die Kommunisten nicht mit Unrecht auf die verschleierte, aber nichtsdestoweniger in raffender Form vorhandene Wirtschaftsnote Italiens hinwiesen. Es ist eben nicht richtig, was der Nationalsozialist Köhler ausführte, daß allein von der politischen Macht auch die wirtschaftliche Blüte abhängt. Weder in Italien noch in Amerika noch in freireichem England ist es gelungen, die schwerwiegenden Folgen der internationalen Weltwirtschaftskrise auch durch noch so große Anstrengungen des Staates abzutun oder zu lindern. Dabei zeigte der nationalsozialistische Fraktionsredner eine eigenartige Auffassung über die Aufgabe einer parlamentarischen Opposition, indem er davon sprach, daß die Regierung regieren solle, während die Opposition nur zum Zuschauen da sei. Mit schallender Heiterkeit quittierte das Haus dieses edle Selbstbekenntnis einer von Sorge für das Volk erfüllten Seele, das heißt ja nichts anderes, als daß die Nationalsozialisten zwar durch eine ungeheure Volksverehrung sich im Besitz von Mandaten, Freifahrkarten und Däten sehen wollen, daß sie aber keineswegs befreit sind für die Interessen der hinter ihnen stehenden Wählermassen auch nur das geringste zu leisten. Das parlamentarische Verhalten der Nationalsozialisten, die den kommunizistischen Anträgen, da sie selbst keine zu stellen in der Lage waren, reißlos ihre Zustimmung gaben, zeigt, daß sie auch deshalb die politische Mitarbeit verlagern weil ihnen die Fähigkeit zur geistigen Auseinandersetzung gänzlich abgeht. Daß sie sonst „auf alles geachtet sind“, wie sich der nationalsozialistische Redner so schön auszudrücken beliebt, darf man ihnen wohl glauben.

Bezeichnend ist, daß weder die Deutschnationalen noch die Liberalen und Demokraten etwas zur Arbeitslosigkeit zu

Frau Abg. Richter (Dem.) stimmt der Frau Abg. Siebert zu, fordert aber auch einen Schutz für die Erwerbslosen. An besten würde der Schutz der anrührenden Filme.

Abg. Köhler (Natsoz.) stimmt den Ausführungen der beiden Rednerinnen zu und fordert Filme, die im Einklang mit der nationalen Ehre stehen und spricht sich für ein Verbot der kommunizistischen Filme aus.

Abg. Wehner (Soz.) stimmt den Anträgen des Zentrums und der Nationalsozialisten zu, der Kampf um die fittliche Erhaltung der Jugend müsse aufs schärfste geführt werden.

Abg. Richter (Stomm.) wendet sich unter scharfen Angriffen auf die christliche Kultur gegen die Filmvorführungen und bricht eine Lanze für die Sittlichkeitsfilme.

Abg. Wehner (Soz.) bezeichnet die USA-Filme als den Exponenten des Sittlichen, sieht aber zwischen den Ausführungen des liberalen Redners und seiner profitorientierten Einstellungen einen unlöslichen Widerspruch. Die Deutschnationalen hätten keinen Anlaß gegen die Oberfilmprüfungsstelle Vorwürfe zu erheben, da sie ja dort entscheidenden Einfluß hätten. Trotzdem die Sozialdemokratie ebenfalls gegen die Sittlichkeitsfilme sei, konnte sie den Anträgen nicht zustimmen. Die Länderminister hätten keine Zuständigkeiten.

Abg. Dr. Baumgartner (Ztr.)

meist daraufhin, daß der Sprecher der liberalen Volkspartei einen Standpunkt zu den Kulturfragen eingenommen, der dem Zentrum nahe komme. Der Liberalismus habe in der Vergangenheit viele Kulturkämpfe begangen. Wenn sich dieser Kulturliberalismus ändere, sei es erfreulich. Das deutsche Volk empfangt seine Gesandten zunächst vom Seelischen und nicht allein vom Wirtschaftlichen. Wenn die Volkspartei auch in Berlin diese christlich fundierte Einstellung bei der Beratung der Strafrechtsreform und der Filmnovelle einnehme, so sei das zu begrüßen. Die Christenhaltung durch den Vater Groß verleihe das christliche Empfinden aufs tiefste. In Zukunft müsse so etwas verhindert werden. Die Länder müßten die Kompetenz des Filmvetos bekommen. Das Zentrum stimme diesem nationalsozialistischen Zusatzantrag zu, in dem demzufolge, daß es Zeit sei, auf die Grundfragen der nationalen Selbstbehauptung sich zu begeben. Es sei unbedeutend, sich vor aller Welt selbst anzuklagen, wo andere Völker auf uns herumschauen. Man dürfe das Vertrauen zu den Regierungsteilen haben, daß sie den Begriff des „Nationalen“ nicht engherzig und einseitig auslegen. Was nationale Ehre ist, solle von jedem Deutschen von selbst empfunden werden. Der Krieg dürfe nicht in der romantischen Beleuchtung dargestellt werden, sondern müsse auch von der Jugend als etwas Furchtbares dargestellt werden. Aber man dürfe darüber das Heldentum am vergangenen Kampf nicht vergessen und in den Schmutz ziehen. Die Grundlagen der Kultur müßten christlich und deutsch bleiben, unbeschadet der Wertung der Kulturen anderer Nationen. Es sei Wertvolles vom

jagen hatten. Das liberale Bürgertum schweigt zu dieser ungeheuren Volksnot und beweist damit eine Volkstrennung, die geradezu unerklärlich ist. Angesichts der Not der Landwirtschaft hatten sich die Nationalsozialisten wenigstens zu einer bescheidenen förmlichen Anfrage über Steuernachlässe und Steuerfindungen aufgerafft. Aber auch hier mußten sie sich sowohl von der Regierung als auch vom Zentrumsabgeordneten Egger lassen lassen, daß sie zu spät aufgestanden seien und daß all das, was sie forderten, schon längst im Lauf bzw. durchgeführt sei. Auf die Frage Eggers, warum die Nationalsozialisten denn nicht in Berlin den die Landwirtschaft stark beginnenden Notverordnungen zugestimmt hätten, folgte ein betretenes Schweigen in der sonst so geschwätzigen nationalsozialistischen Tafelrunde. Die gründliche Abrechnung Eggers mit der nationalsozialistischen Demagogie erweiterte der Abg. Hilbert von der Wirtschaftspartei nach der persönlichen Seite hin. Er warf dem Nationalsozialisten Merk vor, daß er die evangelischen Landbauern gegen den Landtagsabgeordneten damit aufgehetzt hätte, daß er vor der Wahl eines „Stockfaholken“ gewarnt hätte. Man hätte nun annehmen sollen, daß Merk sich gegen diesen Vorwurf verteidigen würde, aber nichts von alledem geschah. Damit ist festgestellt, daß die Nationalsozialisten nicht nur Ständebekehrung, sondern auch den konfessionellen Haß zum Zweck des Stimmenfangs aufzueisen. Das müssen sich die badischen Katholiken gut merken.

Da das Kapitel Landwirtschaft nun einmal angechnitten war, versuchte der demokratische Abgeordnete Hügle zwar nicht sachdienliche Vorschläge zur Sanierung der Landwirtschaft zu machen, sondern sich an dem Abg. Dr. Köhler wegen eines Artikels über die Steuermodifikationen zu reiben. Die Offensive des Abg. Hügle galt der Ehrenrettung des in dem besagten Artikel angegriffenen demokratischen Parteivorstehenden und Reichsfinanzminister Dr. Dietrich, der durch Aufnahme des Steuervereinbarungsgesetzes in den Sanierungsplan der Reichsregierung die Eigenstaatlichkeit der Länder aufs schärfste bedroht hat. Auf einen Zwischenruf des Abg. Dr. Köhler, ob Hügle dieses Steuervereinbarungsgesetzes billige, antwortete der befragte Abgeordnete unter dem Staunen des Hauses mit „Nein!“ Eine solche Abfälligkeit des Reichsfinanzministers durch den Sprecher der badischen Demokraten hätte nach einem so forsch vorgetragenen Angriff niemand erwartet.

In der Nachmittagsitzung bot der Landtag ein wesentlich anderes Bild. Der Antrag der Zentrumsabgeordneten Frau Siebert gegen die fittenszerstörenden Filme und seine geradezu glänzende Begründung durch die Antragstellerin schuf für die große Mehrheit der badischen Volksvertretung eine ideale Plattform zur Demonstration für deutsche Kultur und christlichen Kulturwillen. Der Chef der Zentrumsfraktion Dr. Baumgartner ließ die großen nationalen Gesichtspunkte für eine vom deutschen und christlichen Standpunkt aus einwandfreie Filmgestaltung unter dem Veilfall des ganzen Hauses einfließen.

Die Einmütigkeit des Landtages vom Zentrum bis zu den Nationalsozialisten unter Einschuß des Liberalismus in dem Willen die deutsche Jugend und die deutsche Kultur vor den zerstörenden Einflüssen moderner Entwicklungstendenzen zu schützen, wenn auch die Sozialdemokratie trotz Ablehnung der Sittlichkeits- und Sittlichkeitsfilme sich die Zustimmung zu den vorliegenden Anträgen nicht abzurufen vermochte, verhoffte mit manchem, was in den vergangenen Debatten an Unschönem und Mindertwertigem geboten worden

Ausland in die deutsche Kultur eingeführt, aus dem Griechischen und Lateinertum und von den Angelsachsen, aber auch manches Kinderwörter, das ausgemergelt werden müsse. Ein kommunistischer Zensurkreis „Rom“ gibt dem Redner Veranlassung, die Kulturleistung des Katholizismus für das deutsche Volk unter dem Beifall der Zentrumsfraktion darzustellen.

Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) meint, daß die Debatte den Sinn des Antrags weit überschritten habe. Der Begriff des Nationalen sei nicht eindeutig definiert. Das große Gut der Filmproduktion müßte zu ganz anderen Kulturleistungen ausgenützt werden.

Abg. Teusch (Ed. Volksp.) spricht sich für den Antrag samt Zusage aus.

Staatspräsident Witemann

Weist darauf hin, daß die Stellungnahme des Landtags deshalb von besonderer Wichtigkeit sei, weil der Reichsinnenminister die Novelle zum Filmgesetz dem Reichsrat unterbreite. Damit sei auch für die badische Regierung eine Einflußmöglichkeit auf die zukünftige Gestaltung des Gesetzes geschaffen. Die ganze Filmdebatte, insbesondere die Rede der Frau Abg. Siebert, sei auf einem erfreulich hohen geistigen Niveau gestanden. Die Regierung müsse bedauern, daß sie bis jetzt keine genügenden Sandhaken zum Einschreiten gegen sittenwidrige Filme gehabt habe. Das Polizeigesetz habe sich als ungenügend erwiesen. Der Einfluß der Länderregierungen auf die Prüfung der Filme müsse

ausgebaut und verstärkt werden. Der badische Innenminister habe verschiedene Filme verboten, auch für den Remarque-Film sei ein Verbot in Erwägung gezogen worden. Bei anderen Filmen, insbesondere bei sittenzerstörenden, habe die badische Regierung Verbote in Berlin, allerdings nicht immer mit Erfolg, beantragt. Die Regierung stimme dem Antrag zu, auch dem nationalsozialistischen Zusatz, da ja in der Filmnovelle schon etwas davor enthalten sei. Der Reichsinnenminister werde in Zukunft jederzeit in Baden wegen seiner revolutionären Tendenz verboten werden, da es unmöglich sei, die Verantwortung für die Wirkung eines solchen Filmes zu tragen. Dabei hüte sich die Regierung auf bestehende Gesetze.

Präsident Duffner verkündet einen Zusatzantrag des Zentrums, der den Ländern eine Verbotsmöglichkeit für von der Filmprüfstelle schon genehmigte Filme in der Filmnovelle vorgegeben wissen will. Die Anträge werden mit allen gegen 18 Stimmen der Sozialdemokratie und Kommunisten angenommen.

Abg. Eggler (Ztr.) berichtet über einen Antrag der Kommunisten wegen der Vorkommnisse im Bauernverein in Orschweier. Der Zusatzantrag will ein möglichst schonendes Vorgehen bei der Durchführung der Zwangsablieferung gegen die Genossen der Bezugs- und Absatzgenossenschaft Orschweier und den Verzicht auf Verdrängung der Förderung bei den in ihrer Existenz bedrohten Genossenschaftsmitgliedern.

Abg. Bod (Komm.) spricht dazu. Schluß der Sitzung 18 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag vormittag 9 Uhr.

Meidet die Geleise!

Bei a. Nr. 17. Des. Gestern abend wurde auf der Station Leopoldshöhe der vom Dienst heimkehrende Eisenbahnbeamte Adolf Häusle beim Ueberqueren der Geleise von einem nach Freiburg fahrenden Zuge erfasst und zur Seite geworfen. Häusle erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß er bald darauf starb.

32 Schafe gestohlen und im Lastauto weggeschafft.

Einbockheim (bei Adelshausen), 17. Dez. In einer der letzten Nächte stahl eine Diebesbande 32 mit Ringen gezeichnete Schafe einem hiesigen Schäfer aus dem Pferch. Die Gauer hatten die Freiheit, die gestohlenen Schafe mit einem Lastauto wegzubringen.

Adelshausen, 17. Dez. (Die Altbeteranen werden bejagt.) Die Altbeteranen und Witwen solcher erhalten auch zur diesjährigen Weihnacht ein Geschenk von 10 Mark aus der Gemeindefasse.

Schweinsberg (H. Buchen), 17. Dez. (Erbringung eines Altbeteranen.) Der einzige hier noch lebende Altbeteran von 1870/71, der langjährige Gemeindevorsteher und Waldwart Joseph Schmitt, hat zu seinem 88. Geburtstag ein herzliches Glückwunschschreiben des Reichspräsidenten nebst Bild und eigenhändiger Unterschrift erhalten.

Brigach (bei Willingen), 17. Dez. (Der Boden bricht.) Ein eigenartiger Unglücksfall ereignete sich in der Scheune eines hiesigen Landwirts. Als dieser die Dreschmaschine vor dem Lerneingang aufstellen wollte brachen die beiden Pferde, die den alten schwachen Lerneboden betreten mußten, plötzlich durch und stürzten in den Futtergang der Scheune hinunter. Wie durch ein Wunder hielten beide unverletzt. Der Landwirt selbst konnte noch im letzten Augenblick zurückspringen, so daß größeres Unheil verhütet wurde.

Zu dem Freiburger Familiendrama.

Freiburg, 17. Dez. Zu der bereits gemeldeten Familiendramatik des Handelsvertreter Heinrich Wittig wird von der Kriminalpolizei gemeldet:

Am 16. Dezember gegen 10 Uhr vormittags wurden in seiner im zweiten Stock eines Hauses der Möbelfabrik gelegenen Wohnung der 55 Jahre alte Handelsvertreter Heinrich Wittig, seine 40jährige Ehefrau und der 6 Jahre alte Sohn mit Kopfschüssen tot im Bett liegend aufgefunden. Da das Schlafzimmer von innen verschlossen war und von der Polizei aufgeschlossen werden mußte, und ferner Wittig selbst den Revolver noch in der Hand hielt, besteht kein Zweifel, daß W. zuerst seine Frau und das Kind und zuletzt sich selbst erschossen hat. In der Wohnung lagen Schriftstücke und Schlüssel genau geordnet und selbst für die Vererdigung waren Vorkehrungen getroffen. Das Motiv der Tat ist ausschließlich in wirtschaftlicher Notlage zu suchen.

Konstanz, 17. Dez. (In der Gefängniszelle erhängt.) In seiner Zelle im Amtsgerichtsgefängnis machte der 66 Jahre alte Landwirt Heim aus Mülhausen bei Engen seinem Leben durch Erhängen ein Ende. Heim war erst vor wenigen Wochen wegen Brandstiftung zu mehrjähriger Zuchthausstrafe verurteilt worden.

Der Landesverband der badischen Miteinigungsämter gibt in den nächsten Tagen im Verlage von Adolf Emmerling & Sohn in Heidelberg unter dem Titel „Badisches Miet- und Wohnrecht“ abgedruckt mit Dezember d. J. das zurzeit geltende Miet- und Wohnrecht für Baden heraus. In der Vorrede ist das Mietrechtsgesetz — Wohnungsmangelverordnung — die Wohnungsbesetzungsordnung — das Mieterrechtsgesetz, das Wohnungsbauverordnungs- u. s. w. enthalten. Die Notverordnung vom 1. Dezember d. J. ist in dem Buche verarbeitet. (Preis RM. 4.50)

Gewerkschaftliches

Weihnachtsunterstützung des Zentralverbandes christlicher Fabrik- und Transportarbeiter.

Um den Familien seiner bereits ausgefertigten arbeitslosen Mitglieder, die infolge dessen besonders hart von der Zeit betroffen sind, eine Weihnachtsfreude zu bereiten, hat der oben genannte Verband sich entschlossen, diesen eine einmalige Unterstützung zu gewähren. Außer einer namhaften Summe, die von der Zentrale des Verbandes zur Verfügung gestellt wurde, haben auch seine Beamten und Angestellten ihren Teil dazu beigetragen, indem sie bereits seit Monaten freiwillig zu der Spende beisteuerten. Die Auszahlung der Unterstützung geschieht noch vor den Weihnachtsfeiertagen.

Die wichtigsten neuen Forschungsergebnisse, die auf diesem Gebiet zu verzeichnen sind. Weiterhin behandeln Wolters die Fragen des Vererbung und Erbänderung, Wolff das Problem Leben und Seele. Im letzten Abschnitt greift Diefel das Thema von der Seite der Philosophie her an und deutet die Ergebnisse der übrigen Wissenschaften vom Standpunkt des Philosophen.

Das faszistische Werk mit seinem Reichtum an Anregungen und Feststellungen ist in jeder Hinsicht wertvoll, weil es zu Denken anregt. Obwohl demjenigen, der gewohnt ist, das Leben in ein mechanisches materialistisches Weltbild einzuschließen und daher glaubt, höchstnützlich sich über alle Metaphysik und allen Glauben hinwegsetzen zu können. Ihn sowohl zwingt es zum Nachdenken, wie auch den Gläubigen, der nur zu leicht der Gefahr verfallt, aus seinem Glauben eine Angelegenheit seines Bequemlichkeitsbedürfnisses zu machen. Gerade für uns Christen einer neuauftretenden Zeit, die mehr noch als bisher eine Zeit naturwissenschaftlichen Denkens sein wird, ist es von höchster Wichtigkeit, eine naturwissenschaftlich und biologisch begründete Philosophie nicht Angelegenheit der Arbeiter und Heiden sein zu lassen, sondern sie in den alles umfassenden lebendigen christlichen Glauben einzubauen. Auf die Problematik dieses Buches von katholischer Schau aus werden wir bei einer eingehenden Würdigung des Inhaltes noch zurückkommen. Immerhin sei das Werk jedem, besonders aber dem naturwissenschaftlich Gebildeten, der nach Vertiefung seines philosophischen Weltbildes strebt, empfohlen. Der gebildete Katholik wird auch für seine religiöse Lebensanschauung wertvolle Vertiefung erfahren, da das Buch die metaphysische Seite des Problems abtrotzt offen läßt.

Die faszistische Fibel Seit diesem Jahre sind in den italienischen Schulen faszistische, einheitliche Lehrbücher eingeführt, die den Namen „Libri dello stato“, d. d. Staatsbücher, führen. Jede Klasse der Volksschulen hat ihr eigenes Staatslehrbuch, in denen der Faschismus und seine Werke eingehend, nämlich dem jeweiligen Auffassungsvermögen des betreffenden Jahrganges angepaßt, erörtert und möglichst mit Abbildungen veranschaulicht werden. Man fängt bekanntlich mit dieser Ausbildung zum Faschismus schon in den unteren Schulklassen an und arbeitet fortlaufend an der faszistischen Erziehung der Schüler, bis sie aus den Elementarschulen entlassen in die Jugendhölle und später in die große faszistische Partei aufgenommen werden.

Hier sollen einige Splitter aus der faszistischen Fibel wiedergegeben werden, die die faszistischen Erziehungsmethoden deutlich bezeichnen. Die vor mir liegende Fibel findet nur in den Mädchenschulen Anwendung, und spricht deshalb nicht von Soldaten, Kanonen und dergleichen wie die der Knabenschulen. Das Buch ist illustriert und die Bilder zeigen einen schönen, künstlerischen Charakter. Auf der ersten Seite schreibt ein Ballila mit Kreide auf einer großen schwarzen Schultafel das Wort „Gla“, den faszistischen Hurruf. Die ersten Seiten sind dann dem Spielen der Kinder, der Liebe zur Mutter und zur Großmutter gewidmet und wechseln ab mit Pflichten und Bittenschemata. Dann kommt die Ausbildung des faszistischen Knaben und Mädchens, die der Muttergottes eine farbige Lehre darstellt mit einem Zitat aus der Hymne „Mater Domini“: „Amate il pane — amate il pane“. Dann folgt Jesus, der Kinderfreund, der Schutzengel und der Römische Adler, unter dem die Schüler zu buchstabieren hat: I ballila sono aquilotti d'Italia. Le piccole italiane sono rondini d'Italia.

Seligprechung eines Chirurgen. Kardinal Ascalesi hat in Neapel die offizielle Identifizierung der sterblichen Überreste des berühmten katholischen Chirurgen Giuseppe Moscati, seiner Zeit Professor an der königlichen Universität in Neapel, zu seiner ehrenvollen Reamontierung durchgeführt. Professor Moscati ist vor kaum drei Jahren gestorben. Schon damals stand er beim Volke im Ruf der Heiligkeit. Er lebte nur für seine Mitmenschen und verlangte sich selbst vollkommen. Nur ein Glück konnte er, die Leiden seiner Mitmenschen zu lindern und Licht in die Seelen zu bringen. Dabei war er auf wissenschaftlichem Gebiet eine Autorität. Bei der Identifizierung seiner Leiche waren zahlreiche Kräfte anwesend, aber mehr als 400 seiner Berufskollegen anwesend. Man glaubt, daß der Seligsprechungsprozeß des Chirurgen einen schnellen Verlauf nehmen wird.

Münchener Musik-Aufführung. Der Münchener Domchor hat demnächst die Messe für Soli, gemischten Chor und Orgel von dem Augsburger Appellmeister D. Wehler zur Aufführung. Die musikalische Leitung liegt in Händen von Professor A. Werber.

Badische Chronik

Beim Florettschützen geübt

Pforzheim, 17. Dez. Vor dem Erweiterten Schöffengericht fand die Verhandlung über einen bedauerlichen Unglücksfall statt, der sich im Hofe des Schauspielhauses am 12. November ereignete. Der 20jährige Schauspieler Geza Rech und sein 22jähriger Kollege Raunig, beide aus Wien gebürtig, übten sich aus Anlaß eines einheimischen Erinnerungstages mit Florettschützen. Hierbei drang das stumpfe Florett des Rech dem Raunig in das Auge und von hier weiter in den Schädel, jedoch der Tod des Unglücklichen nach einigen Stunden eintrat. Das Gericht stellte fest, daß der bei dem Schützen verunglückte Raunig den Florettschloß nicht in der richtigen Weise abgeführt, sondern in die Höhe pariert hatte. Das Gericht sprach daher den Angeklagten frei.

Einem großen Uebelstand abgeholfen

Pforzheim, 17. Dez. Am kommenden Sonntag, den 21. Dezember, wird die neue Kraftpolizei (Pforzheim) Eisingen und Stein dem Verkehr übergeben. Damit werden 30 Gemeinden durch die Tätigkeit des Wärm- und Engpassverkehrsbehörden durch die Tätigkeit des Pforzheimer Kraftverkehrsbehörden angeschlossen. Die Gemeinde Stein hat über 1800 Einwohner und entbehrt bisher jeden regelmäßigen Verkehrs.

Stupjeterich. (Aus der Volkvereinsarbeit.) Der Volkverein hatte für vergangenen Sonntag zu einer Versammlung in die „Sonne“ eingeladen. Der Geschäftsführer, Herr Hauptlehrer Bühler, konnte besonders auch die erschienenen Jugend begrüßen. Der Referent, Redakteur Dr. Müller-Reif aus Karlsruhe, behandelte einige grundlegende volkswirtschaftliche Probleme, ohne deren Klärung man kein sachliches Urteil über unsere Wirtschaftssituation fassen kann. Die Ueberindustrialisierung unserer Erwerbszweige, die eng zusammenhängt mit dem gestörten Gleichgewicht von Landwirtschaft und Industrialismus, das uns leider schon längere Zeit vor dem Krieg (im Gegensatz zu Frankreich) verlor, ging die Verstärkung in Form einer ungeführten und bedenklichen Zusammenballung großer Arbeitermassen in düsteren Wohnquartieren wurden u. a. beleuchtet und die Gegenmaßnahmen behandelt. In der Diskussion, an der Herr Pfarrer Schmitt sowie Herr Hugelmann sich beteiligten, wurde bei der Frage der Preisentwertung vor allem auch der Wunsch ausgesprochen, daß das Badenwerk mit gutem Beispiel vorangehen möge und seine Tarife für den Kleinabnehmer günstiger gestalten möge.

Bruchsal bei Karlsruhe, 17. Dez. (Autounfall.) Dienstag morgen fuhr ein Auto infolge Unachtsamkeit auf der Straße Durmersheim-Karlsruhe in ein Pferdefuhrwerk. Das Pferdefuhrwerk wurde schwer demoliert. Personen wurden nicht verletzt, es entstand nur Sachschaden.

(-) Untergrombach, 16. Dez. (Gültige Gemeindevahl.) Bei der heutigen Verhandlung in Bruchsal wurde die angefochtene Wahl für gültig erklärt. Die angegebenen Gründe waren nicht stichhaltig. Die Gemeinderatsliste verteilen sich wie folgt: Zentrum 4, Soz. 2, Bürgervereinig. 1, Wählervereinig. 1.

Lebensproblem und Naturwissenschaft

Schon immer hatte der Mensch das Bedürfnis, in das Geheimnis des Lebens einzudringen. Immer wieder taucht die Frage nach der Entstehung des Lebens, seinem Wesen, seinen Bedingungen auf, immer wieder mußte sich der fragende Mensch mit der resignierenden Antwort: ignorabilis zufrieden geben. Doch die Naturwissenschaft, die dieses Nichtwissen nicht kennen darf, hat unentwegt mit den Hebeln ihrer Denkmethode auch zur Klärung dieses Problems angefangen. Es ist heute zu einem Zentralproblem naturwissenschaftlicher Forschung geworden. Nicht allein die Biologen, auch Chemiker und Mineralogen, Botaniker, Zoologen, Mediziner und Psychologen alle verfolgen die Teilergebnisse ihrer Forschung zur Lösung des Gesamtproblems bei. Je tiefer die Wissenschaft eindringt, desto größer werden die Rätsel, wenn auch die Fragen bestimmter und klarer werden, aber auch desto beschwerlicher und zurückhaltender in endgültigen Aussagen und desto ohrfurchtsvoller selbst werden die Jünger der Wissenschaft vor dem Geheimnis des Lebens. In dem oben angegebenen Buch liegt nun ein Werk vor, das alles zusammenfaßt, was die wissenschaftliche Forschung zur Klärung des Lebensproblems beigetragen hat. Es ist dabei schon eine Vorstellung vom Leben und seinem Werden entstanden, das gewaltig und ergreifend genug ist, um allgemein beachtet zu werden. Erste Autoritäten von internationaler Geltung, Männer, die ein ganz unmittelbares Verhältnis zu den Fragen des Lebens haben, haben sich hier zu gemeinsamer Arbeit zusammengefunden, um Einblick in den gegenwärtigen Stand der Forschung zu geben. In sieben großen Abschnitten wird das Problem des Lebens allseitig beleuchtet. Weidmann und Mildner machen uns mit den Lebensbedingungen im Kosmos vertraut und zeigen, welche Tatsachen zusammenwirken, um gerade auf der Erde und vermutlich nur hier Leben entstehen zu lassen. Der folgende Abschnitt stellt einen in der letzten Zeit überaus wichtig gewordenen neuartigen Teil des Lebensproblems dar: die Frage, ob zwischen belebter und unbelebter eine scharfe Grenze zu ziehen ist. Abumler zeigt, wie vielfältig sich die scheinbar nur dem Lebendigen zugehörigen Erscheinungen in ähnlicher Weise auch in der anorganischen Welt beobachten lassen. Den eigentlichen Kern des Buches bildet der dritte Abschnitt: Funktionen des Lebens. Keiner gibt hier eine umfassende Psychologie, die für die vielfältigen chemischen und physikalischen Vorgänge des Stoffwechsels, der Ernährung, der Atmung, der Fortpflanzung u. s. w. eine fülle neuer Tatsachenmaterials beibringt. Im vierten Abschnitt zeigt uns Baron von Negrelli den Zusammenhang von Organismus und Umwelt und

*) Das Lebensproblem im Lichte der modernen Naturwissenschaft. Vorgelegt von Professor Dr. v. Weidmann und Dr. v. Mildner. Verfasser: Dr. v. Abumler, Professor Dr. D. Keilner, Baron Professor Dr. v. Negrelli, Professor Dr. v. Wollner, Professor Dr. G. Wolff, Professor Dr. S. Diefel. 172 Seiten. In Heftform 3.00. Verlag von Quelle & Meyer in Weimar.

Der gelbe Diwan

Von V. Williams

Der Schwur seines Kollegen, Quayre und Miß Driscoll zum Sprechen zu bringen, fiel ihm wieder ein, während er Mandertons Privatzimmer betrat, das in seiner Kleinheit gelbstlich voll mit Menschen zu sein schien. Nach der Atmosphäre der Spannung zu schließen, die Boulot beim ersten Schritt ins Zimmer gleichsam fühlte, war Manderton im Begriff, seinen Schwur wahr zu machen.

Er stand ferngerade, die Hände auf dem Rücken, mit düsterem, furchtlos schließendem Gesichtsausdruck hinter seinem Kinn. Zitternd und bleich bis an die Rippen war Dolores Driscoll eben von ihrem Stuhl aufgesprungen, wie um zu widersprechen, aber Georg Cranmore legte eine Hand beschwichtigend auf ihren Arm.

Ihnen gegenüber sah Jim Cranmore totenblau mit eingefallenen Augen und stieß zornig hervor, als Boulot erfuhr: „Durch solche Einschüchterungen werden Sie bei dem Mädchen nichts erreichen, Inspektor! Sie haben sie so gut wie bezichtigt, Sie angelogen zu haben.“

„Ich muß Sie dringend bitten, sich nicht einzumischen, Mr. Cranmore“, fuhr ihn Manderton an. „Es handelt sich jetzt nur um Miß Driscoll. Ich nehme jede Rücksicht auf Sie, aber wenn Sie mich noch einmal unterbrechen, müßte ich Sie bitten, sich zu entfernen!“ Er wandte sich wieder zu Dolores. „Sie bleiben also bei Ihrer lächerlichen Behauptung, daß Sie zu Fuß — zu Fuß bei dieser Hitze — vom Sloane Crescent bis zur Sommermittelsbrücke gingen, nach meiner Schätzung etwa acht Kilometer?“

„Es ist so!“

Die Lippen des jungen Mädchens zitterten. Ihr Stimmton war voll Trost, aber Boulot bemerkte, daß sie ihm einen schnellen Blick zuwarf, der um Hilfe zu flehen schien.

„Wollen Sie mir dann gefälligst erklären“, sagte Manderton und brachte seine rechte Hand zum Vorschein, „wie dieser Omnibusfahrerin von Nr. 33, abgetempelt zwischen halb vier Uhr und vier Uhr fünfzehn, in Ihr Handtäschchen gekommen ist?“

In seiner rechten Hand hielt er ein kleines blaues Papierstückchen.

„Ich weiß nicht...“ stammelte Miß Driscoll schwer atmend.

„Doch“, fuhr Mandertons erbarmungslose Stimme fort, während er mit der Linken ein ähnliches rotes Pappstückchen hervorholte, „wie Sie zu diesem Fahrchein kamen, der für eine Fahrt gestern nachmittag zwischen sechs und sieben Uhr abends gilt? Wollen Sie vielleicht leugnen, daß die Bilette in Ihrem Handtäschchen waren, von wo ich sie selbst herausgenommen habe, als Sie's heute morgen zu Hause fallen ließen? Heraus mit der Wahrheit! Sie sind gestern etwa um vier Uhr an der Bortonstraße aus dem Omnibus gestiegen!“

Der Kopf des Mädchens sank herab. Sie führte ihr Taschentuch an die Augen.

„Sie bringen... mich so in Verwirrung!“ schluchzte sie. „Nun! Sie haben mir einen Saufen-Rügen vorgelegt und wenn ich bemerke, daß es Lügen sind, fangen Sie zu schimpfen an und behaupten, Sie hätten alles vergessen. Soll ich den Omnibusfahrer rufen, der Sie an der Bortonstraße gestern abgeholt hat? Er steht draußen. Ich sag's Ihnen auf den Kopf zu: Sie waren gestern im Atelier von vier bis sechs Uhr, und dann erst machten Sie sich nach dem Kanelagh auf den Weg. Ist das wahr?“

„Nein — nein!“ schluchzte das junge Mädchen. Mandertons Bullboggengesicht wurde langsam blutrot.

„Ich werde die Wahrheit aus Ihnen herausbringen“, knirschte er, „und wenn's die ganze Nacht dauert. Ich weiß sie, aber Sie sollen sie mir sagen. Ich bin noch nicht am Ende mit meinen Zeugen, Miß Driscoll. Vielleicht überrascht es Sie ein wenig, zu hören, daß man Sie gesehen hat, als Sie um sechs Uhr das Atelier verließen!“

Jim Cranmore hatte sich halb erhoben.

„Aber es kam nur ein Wort in einem enttäuschten, unwilligen, fast entsetzten Tone von seinen Lippen.“

„Dolores!“ rief sie kläglich, „o Jim, ich kann's nicht erklären!“

Aber Cranmore wandte sich ab.

„Ein Arbeiter von dem Holzplatz hinter dem Atelier“, fuhr Manderton fort, „sagt aus, daß er Quayre mit einer jungen Dame genau um sechs Uhr aus dem Garten herauskommen sah. Er ist Katholik, und sie läuteten im Kloster gerade zum Angelus, als die beiden erschienen. Das Spiel ist aus, Miß Driscoll! Am besten wär's, Sie sagten endlich die Wahrheit. Sie waren im Atelier?“

Das junge Mädchen duckte verzweifelt die Achseln.

„Heraus damit!“ drängte Manderton. „Sie gingen ins Atelier, um Ihren Viehhändler zu besuchen?“

„Wirklich, Inspektor...“ fiel Cranmore ein.

„... wie Sie jedenfalls schon oft getan hatten, was?“

„Ich schloß Manderton, ohne die Unterbrechung zu beachten.“

„Es ist nicht wahr!“ schrie das junge Mädchen und stampfte mit dem Fuß. „Niemand war ich vorher allein dort. Ich kam nur für einen Augenblick, um zu sehen, wie's mit meinem Porträt ging, und Mr. Quayre hat mich, zum Tee dazu geladen.“

„Im Schlafzimmer, Miß Driscoll!“

„Es ist empörend“, rief sie. „Ihre Andeutungen sind zu...“

„Ich halte mich nur an die Tatsachen!“ unterbrach sie der Polizist.

„Wir waren im Schlafzimmer aus dem einfachen Grund, weil der Gastocher dort ist und Mr. Quayre keine Küche hat... er pflegt sich den Tee des Morgens im Bett zu machen. Während wir im Atelier das Bild betrachteten... fochte der Kessel über und wir ließen beide ins Schlafzimmer, um ihn abzunehmen...“

„Und dann?“ fragte die unerbittliche Stimme.

„Mehr werde ich Ihnen nicht sagen!“

„Und dann“, fiel Boulot überraschend in seinem gewöhnlichen lebenswürdigen Ton ein, „dann, während Sie beide im Schlafzimmer standen, hörten Sie etwas im Atelier, Fußtritte oder ein Wort? Wer weiß? Was für eine peinliche Lage“ oder etwas dergleichen, sagte Mr. Quayre zu Ihnen, wenn Sie in meinem Schlafzimmer entdeckt werden! Sie müssen fort, und da Sie durch die Tür nicht hinauskönnen, müssen Sie aus dem Fenster steigen.“ Und dum! bringt er hinaus und hilft dann Ihnen. Na, junge Dame, Sie sehen, wir wissen die Wahrheit...“

Dolores Driscoll starrte ihn mit entsetzten Augen und halbgeöffnetem Mund an. Manderton drückte auf den Knopf der Klingel.

„... die ganze Wahrheit“, fuhr Boulot fort. Monsieur Quayre führt sie durch den Garten und in die kleine Gasse hinaus. Dort bleiben Sie stehen und sprechen noch ein wenig mit ihm. Dann erinnern Sie sich an Ihre Verabredung und gehen zum Polo... und er geht zurück.“

„Nein!“ rief das Mädchen plötzlich und streckte die Hand aus, wie um ein schreckliches Bild abzuwehren. „Nein, nein, er ging nicht zurück. Es ist nicht wahr! Es ist nicht wahr!“

An der Tür entstand ein Geräusch. Julian Quayre erschien an der Seite eines Kriminalbeamten. Der Ausdruck seines Gesichtes war hart und entschlossen. Als er Dolores erblickte, trat ein Schimmer von Ratlosigkeit in seine Augen.

Doch das Mädchen legte bei seinem Anblick beide Hände vors Gesicht.

„Mein Gott!“ schluchzte sie. „Was habe ich gesagt? Was habe ich gesagt?“

XVI

Boulots Frage

Mandertons rauhe Stimme schnitt scharf durch das Schluchzen des jungen Mädchens.

„Mr. Quayre“, sagte er, „Miß Driscoll hat nun zugegeben, daß sie gestern die Stunden zwischen vier und sechs Uhr auf Ihrem Atelier zubrachte. Was haben Sie dazu zu sagen?“

Mandertons erwartungsvolle Haltung schien sich allen Anwesenden mitzuteilen. Das Schluchzen brach ab und Dolores hob mit einer Art verzweifelter Neugierde den Kopf und sah Julian Quayre an. Sogar Jim Cranmore machte eine Gebärde der Aufmerksamkeit.

Sie sahen, wie die Farbe seines Gesichtes wechselte und ein Schimmer von Mißtrauen in seinen Augen aufsprang.

Mit einer Stimme, die kaum wie seine eigene klang, erklärte er endlich: „Nichts! Ich habe nichts dazu zu sagen!“



König Carols Gattin verläßt endgültig Rumänien

Königin Helene von Rumänien

hat nach den erfolglosen Versuchen einer Versöhnung mit König Carol den Entschluß gefaßt, das Land endgültig zu verlassen. Sie begibt sich zuerst an die Riviera und später nach Paris, wo sie ihren Wohnsitz nehmen will.

Manderton fuhr sich mit der Hand zwischen Hals und Krage.

„Sie wissen natürlich, daß Ihre Lage sehr ernst ist. In Ihrem eigenen Interesse, Mr. Quayre, muß ich Ihnen aufs dringendste raten, mir zu gestehen, was Sie über den Mord wissen...“

„Ich muß nachdenken“, murmelte er. „Es war solch ein Schock für mich! Sie bringen mich in Verwirrung...“

Manderton winkte Georg Cranmore heran.

„Gehen Sie nun mit Ihrem Bruder und Miß Driscoll“, flüsterete er halblaut. „Und... nehmen Sie sich Ihres Bruders ein wenig an. Es ist ein bißchen viel für ihn gemeint. Lassen Sie ihn nicht allein...“

(Fortsetzung folgt.)

Polar-Heldentum

Von Wilhelm Köhner

„Wenn diejenigen, die den Mut zum Wagnis haben, zu gut dazu sind, wer soll dann das Wagnis unternehmen?“

André 1896.

Im Juli dieses Jahres wurde die Welt bewegt von den wiedererregenden Neuheiten der Expedition André 1897. Deren Tagebuch und sonstige Aufzeichnungen haben durch Teilveröffentlichungen in der letzten Woche auch jene Menschen gepackt, die sonst kein Interesse an Polar-Expeditionen haben. Wir würden aber schon heute — die Senation des einen Tages jagt die des anderen — kaum noch davon sprechen, bewiese die soeben (bei Brockhaus, Leipzig) erscheinende deutsche Uebersetzung jener schrittweisen Uebersetzung nicht mit einer ergreifenden Kraft, wie hoch die Tat André's und seiner beiden Gefährten Strindberg und Fraenkel weit über die Grenzen der Fachwissenschaft hinaus in das allgemeine menschliche Bewußtsein dringt. Das Tagebuch André's erzählt nicht nur die Schicksale der Expedition nachdem sie ihren durch Nebel niedergedrungenen Ballon zwischen Spitzbergen und dem Nordpol verlassen mußte bis hin zu ihrem Stille-Tod auf Vitö, einer Insel zwischen Spitzbergen und Franz-Josefs-Land. Diese mit den Mitteln moderner Technik entzifferten Niederschriften sind ein einzig dastehendes Zeugnis von einem Idealismus und einer Energie, an die unsere arme Zeit meint nicht mehr glauben zu können. Diese Männer besiegten ein Schicksal, wahrhaftig schimmer als das der meisten von uns. Wie haben sie sich ihm gegenüber verhalten bis zu ihrem letzten Atemzug!

Gleich beim Aufbruch verlor der Ballon die Schleppseile, aus dem halbgefesselten, bis zu einem gewissen Grad Feuerbaren, wurde ein Freiballon, ein Spiel der Winde. Von vornherein nahm damit die Reise einen anderen Verlauf als geplant. Schon nach wenigen Tagen brachen die furchtbaren Polarnebel ein, die Frithjof Ranien so sehr fürchtete. „Guh, dieser unendlich zähe Eismeernebel; wenn er dich zudeckt und das Wasser über dir und um dich verhillt, und alles wird grau; feuchte Dünste tagein, tagaus; denn brauchst du die ganze Widerstandskraft deiner Seele, um nicht in dieser beklemmenden Umarmung zu erstickten. Nebel, Nebel, wohin du blickst. Er legt sich um die Lufte, alles an Deck kriecht. Er legt sich in die Kleider und durchdringt sie. Seine trüben Schwaden ziehen dir in die Seele und Gemüt. Grau wird alles um dich und in dir.“ — Mit ihrer entschlossenen Gewalt, ihrer zu Eis getriebenen Wut drückten sie André's Ballon auf Treibeis, jenes beängstigende Chaos, das sich bewegt und dahintreibt, gepreßt wird und sich auflöst, das hier einen gähnenden Spalt aufstut, dort sich zu einem weiten, dichtgeschlossenen Feld zusammenfügt. Hunderte von Kilometern weit dehnte sich die Eismasse nach allen Seiten hin aus. Dies Treibeis ist nicht Eis noch Wasser, sondern ein Zwischending. Es ist der gefährlichste Grund, auf den der Mensch den Fuß setzen kann.“

Die drei Männer hätten deshalb bleiben können, wo sie waren, um sich von dem Eis treiben zu lassen, mit der Gewißheit, in absehbarer Zeit wieder irgendwo an Land zu kommen; sie konnten aber auch eine Eiswanderung wagen zu einem von ihnen bestimmten Ziel und der Möglichkeit wissenschaftlicher Forschung. Sie entschieden sich für das letztere: sie brachen auf nach Kap Flora auf Franz-Josefs-Land. Nicht ahnen konnten sie, daß eine unüberwindliche Meeresströmung ihnen den Weg verlegte.

Unendliche Mühe kostete es, die Schlitten voranzubekommen. Diese wurden beim Ueberqueren der hochgehürnten Eisblöcke so herumgestoßen, daß jeder Augenblick die Gefahr des Zusammenbruchs erneute. „Gleich am Morgen“, so heißt es zum 11. August, „fiel ich ins Wasser und mein Schlitten mit mir. Das meiste war durchnäßt. Str. rammte Fr.'s Schlitten und zerriß das Boot. Alle drei Schlitten purzelten mehrmals im Laufe des Tages; der meine stand zweimal auf dem Kopf. Wir blieben von keiner Lücke verschont.“ Am 17. August: „Unsere heutige Wanderung war rührerlich. Wir sind keine 1000 Meter vorwärts gekommen, sind nur unter größten Schwierigkeiten von Scholle zu Scholle geturnt.“ Am 19. August: „Am schlimmsten sind die Südpolarströmungen, die sich in unzähligen Windungen zwischen dem Eis hindrehen, richtige Irrgärten. Ein

Beden ist mit dem andern durch breite Rinnen verbunden, aber das sieht man erst, wenn man unmittelbar davor steht.“ — Zum Verzagen wurde es, als einer der Forscher anfang, zu lahmen und seinen Schlitten nicht mehr ziehen konnte. Die beiden anderen mußten abwechselnd umkehren und den zurückgebliebenen Schlitten nachholen. Wenn dann noch tiefer Schnee kam, schien jede Aussicht weiterzukommen verbaut. Aber die Forscher halfen sich auch dann: „Mutig — Mutig — immer auf den Knien.“

An Wochen durften sie kaum denken. Eintrag am 21. Juli: „Mich machen? Nein, das hab' ich doch erst vorgestern getan. Was übrig geblieben ist, das ist so 'ne Sorte Schmutz, die flehen bleibt.“ Am 1. August: „Seit einigen Tagen schmiere ich meine Hände mit Bärenspeck ein und halte dadurch die Haut geschmeidig.“ Wozu der Bärenspeck nicht gebraucht wurde! Ohne den ergreifend einfachen Stil des ganzen Tagebuches würde man kaum glauben, was es über die Ernährung berichtet. Grimmig: „Einige Renntierhaare im Essen sind warm zu empfinden; das Heranschnappen hindert einen daran, gar zu schnell und gierig zu schlucken.“ — „Das Bärenberg schmeckt ein wenig bitter. Gebratenes Bärenfleisch — man bewahrte es unter der Weste auf — schmeckt sehr gut.“ Am 19. August: „Versuch, Bärenfett auszubraten. Sei, wie fein, wenn wir Schmalzbrat zu essen bekommen!“ Am 21. August: „Heute abend versuchten wir rohes Fleisch. Rube Rieren mit Salz schmecken wie Austern, wir werden sie wohl gar nicht mehr braten. Auch das Hirn schmeckt roh sehr gut und rohes Bärenfleisch ist sehr wohl genießbar. Versuche mit Algenuppe oder Pfützenwasser mit Sefepulver hatten trefflichen Erfolg.“ Es kam noch schlimmer. Am 15. September: „Wir essen den ganzen Seehund auf, ausgenommen das Fell und die Knochen, aber Magen und Mageninhalt, die Därme und Leber unbegriffen; der Mageninhalt bestand aus leeren Strebsschalen.“ Ein Butyrpannkuchen aus Seehundsblood, Seehundsfett, Mehl und eine Messerfülle Sefepulver mußte auf die Dauer das Brot ersetzen.

Wir trauen es menschlicher Kraft nicht zu, daß diese Männer trotz alledem nicht anfangen, zu klagen und zu verzagen: „Wir haben uns 4½ Stunden lang mit unseren Schlitten abgemüht und abgewürgt. Wir haben richtiges Sudelwetter: nassen Schnee und Nebel. Aber die Stimmung ist gut. Den ganzen Tag über haben wir uns lebhaft unterhalten.“ Erst im September finden wir das Geständnis: „Unsere Stimmung ist ganz gut, aber Scherz und Gelächter sind nicht mehr an der Tagesordnung.“ Nach 16stündiger Blakerei trägt André ein: „Wir lernen die Kunst der Armen: nicht misshandeln. Und noch eine Kunst: nicht an morgen denken.“ Wer von uns einmal die „halbverrückte Tollkühnheit“ der Nordpolfahrer glaubte tadeln zu müssen möge über den Satz André's nachdenken: „Wir finden, daß wir getrost sterben können, nachdem wir das geleistet haben. Vielleicht treibt uns nur ein überspanntes Persönlichkeitsgefühl, vielleicht können wir es nur nicht ertragen, in Reich und Glied mit dem Durchschnitt zu leben und zu sterben, von kommenden Geschlechtern vergessen zu werden? Nennt man das Ehrgeiz? Diese Männer wachsen ins Erhabene, wenn sie schreiben können: Auf einer Fahrt wie dieser entwickelt sich der Sinn für das Große und für das Kleine. Für die große Natur und die kleinen Portionen und andere Kleinigkeiten.“ Wenn man bedenkt, daß André, Fraenkel und Strindberg trotz aller Not und Strapazen, dauernd vom Tode verfolgt, wichtige wissenschaftliche Beobachtungen mit einer Ruhe wie am Experimentiertisch machen und aufzeichnen, dann wird man das durch den Tod besiegelte Bekenntnis André's nie mehr aus den Ohren verlieren: „In unserer Zeit gibt es meiner Meinung nach nur eine Möglichkeit, sich den Glauben an Ideale zu bewahren: selbst Ideale pflügen.“ Das schrieb ein Mann, dem buchstäblich der Boden unter den Füßen wegdramm, so daß die eine Wand seiner Eishütte unter dem Dach hing, statt es zu tragen, und der trotzdem noch monatelang in den Eismeerregionen ohne eigentliche Polar Kleidung im Dienst der Wissenschaft aushielt, seine Forschungsergebnisse in Sicherheit brachte und als Fraß der Eisbären zusammenbrach.

Karlsruher Nachrichten

Donnerstag, den 18. Dezember 1930

Karlsruhe im Weihnachtschmuck „Der Christbaum für Alle“.

Run ist der schöne Brauch, über die Weihnachtstage auf einem öffentlichen Platz den „Christbaum für Alle“ aufzustellen, in der badischen Landeshauptstadt zur Tradition geworden. Die Bewohner der Stadt und die zu den Festtagen heimkehrenden auswärtigen und Fremden wissen der Stadtverwaltung dafür Dank, daß wiederum, wie in den vergangenen Jahren, eine prächtige Tanne in die Loggia des Rathauses, dieses stilvollen Weinbrennerbaues, ihren Einzug hält und — weithin sichtbar — am heiligen Abend, während des 1. und 2. Feiertages sowie an Sylvester und am Neujahrstage im Lichterschmuck erstrahlen und die Passanten, jung und alt, arm und reich, als Symbol des Weihnachtsfriedens erfreuen wird. Auch in der großen Halle des Hauptbahnhofs läßt die Reichsbahndirektion Karlsruhe einen riesigen Weihnachtsbaum erstellen, sodas dieser erste sinnige Weihnachtsgruß die Heimkehrenden mit festlicher Stimmung erfüllt; außerdem trägt die Kameradschaft der Leibgrenadiere wieder dafür Sorge, daß das Denkmal der gefallenen 109er ebenfalls seinen Weihnachtschmuck erhält in Form eines hübschen Baumes, der in den Abendstunden beleuchtet wird.

Ein Autounfall mit schweren Folgen

Am Dienstag abend fuhr ein Motorradfahrer beim Ueberholen eines Autos am Ortsausgang von Bietigheim bei der Kreuzung der Maßlerstraße in ein Pferdefuhrwerk eines Kaffater Händlers. Der Motorradfahrer, ein Herr Mangold aus Karlsruhe, der infolge des Nebels das Pferdefuhrwerk nicht in acht nahm, wurde schwer verletzt in das Vinzenzstrankenhaus nach Karlsruhe überführt. Das Pferdefuhrwerk wurde schwer demoliert, das Pferd mußte erschossen werden. Unglücklicherweise wurde beim Erschießen des Pferdes der Fuhrwerksbesitzer infolge Durchschlag der Augel am Fuß getroffen und mußte nach dem Kaffater Krankenhaus verbracht werden.

Demonstrationen vor dem Landtagsgebäude

Gestern abend wurden von etwa 100—150 Arbeitslosen Demonstrationen vor dem Landtagsgebäude versucht; die Polizei konnte aber ohne weiteres die Leute zerstreuen.

Auf offener Straße beraubt

Der Polizei wurde nachträglich angezeigt, daß am 15. Dezember zwischen 20.30 und 21 Uhr im Neuen Zirkel einer 36 Jahre alten Frau von einem bis jetzt unbekanntem Täter ihre Aktentasche mit folgendem Inhalt entziffen wurde: Geldbeutel mit 4 Mk. Inhalt, Schlüsselbund mit 10—15 Schlüsseln, eine Jahreskarte zum Besuch des Stadtparkes und ein Paar Hauschuhe.

Die Polizei meldet

Selbstmordversuch.

Ein auf Wandererschaft befindlicher Hilfsarbeiter versuchte sich mit Salzsäure zu vergiften. Die Polizei schaffte ihn in das Krankenhaus. Es besteht Lebensgefahr.

Mutwilliger Alarm der Feuerwehr.

Vorgestern nacht um 1.12 Uhr wurde in der Gernigstraße die Feuerwehr mutwilligerweise alarmiert. Dem Täter ist man auf der Spur.

Notzuchtversuch.

Ein 56 Jahre alter Maurer von auswärts wurde wegen Notzuchtversuch festgenommen.

Verkehrsunfälle.

Ede Kaiser- und Lammstraße überquerte kurz vor einer Elektrizität ein P.K.W. in leichtsinniger Weise die Kaiserstraße. Nur durch elektrisches Bremsen und Sandstreuen konnte der Führer der Straßenbahn ein Unglück verhüten.

Im Laufe des Dienstags mußte die Polizei gegen 30 Kraftfahrzeugführer, 35 Radfahrer und 8 andere Fahrzeuglenker einschreiten, weil sie sich gegen allgemeine Bestimmungen des Verkehrs vergangen hatten.

Diebstähle.

Ein 20 Jahre alter Hilfsarbeiter wurde als Fahrraddieb festgenommen und festgenommen. Er wollte das gestohlene Rad für drei Mark verkaufen.

Unbekannte Täter zertrümmerten einen Schaufenster eines Geschäftes und entwendeten Waren im Werte von 27.50 Mark. Aus dem Gang einer hiesigen Mittelschule wurde ein Ledermantel und Wollhandschuhe gestohlen.

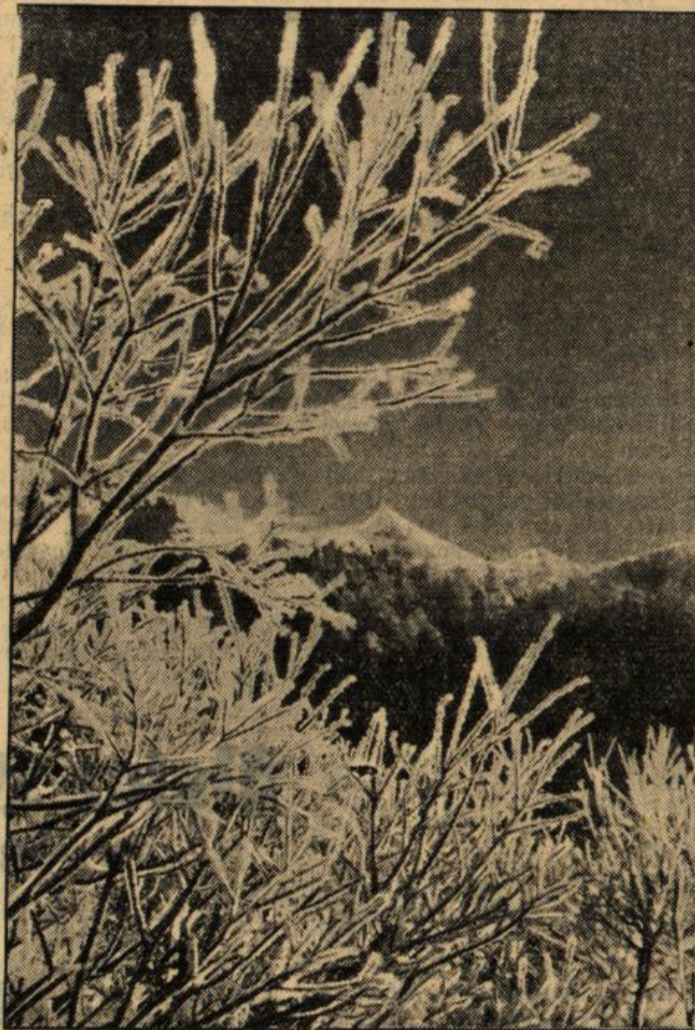
Verbilligte Winterfahrten nach dem Schwarzwald

Gesellschaftsfahrten und feste Pauschalpreise.

Nachdem die Reichsbahnverwaltung die bisher über die Weihnachtsfeiertage bestehenden einschränkenden Bestimmungen wegen Ausfuhr von Gesellschaftsfahrten zu ermäßigten Preisen erzieherweise aufgehoben hat, ist vom Badischen Verkehrsverband Karlsruhe in Verbindung mit den Reisebüros in größeren nord- und westdeutschen Städten die Durchführung von verbilligten Fahrten nach dem Schwarzwald vorgesehen worden. Einzelreisende können im Schwarzwald außerdem über Weihnachten und Neujahr Unterkunft und volle Verpflegung einschl. Nebenausgaben für Heizung, Bedienung usw. zu einem festen Gesamtpreis erhalten.

Die Bewältigung des Weihnachts- und Neujahrsvortehrs. Die Reichsbahndirektion Karlsruhe hat in Hinblick auf den zu erwartenden starken Verkehr an Weihnachten und Neujahr eine Reihe von Zügen eingelegt, die als doppelte Führung von besonders frequentierten Zügen in Erscheinung treten werden. Es sind außerdem durch Verstärkung anderer Züge Vorkehrungen getroffen worden, daß auch bei außergewöhnlichem Andrang von Reisenden der Verkehr störungslos abgewickelt wird.

Wälder im Raubreif



Die Winterhalme schwanen unter der Last des Raubreifs. Weiß überflagen ist das bläuliche Grün. Die graue Nebelmauer steht steif und fest hinter den Bäumen, selbst ein Kanonenschuß könnte sie nicht umwerfen.

Die erstarrte Walderde knirscht erwartungslos unter den Füßen. Der Hauch aus dem Munde dampft in den allgemeinen Dunst hinein. Nur das Nächstste wird überdeutlich sichtbar: eine Amsel, die hastig in den Blättern raschelt, als hätte sie noch rasch etwas zu erledigen. Das Ohr lauscht schärfer, vernimmt das Rauschen des Spechtes, das dumpfe Brausen eines fernen Wasserfalls.

Ich schleiche dem Hämern des Spechtes nach. Es dröhnt vom unteren Ende eines Föhrenstammes her. Als ich unter dem Baume stehe, streckt plötzlich ein Buntspecht seinen Meißelkopf aus einem Astloch und fährt gleich wieder zurück. Er verbirgt sich im hohlen Innern. Ich entdeckte drei weitere Bohrlöcher. Der Specht scheint hier also zu Hause zu sein. Er schaut selbst jetzt nicht hervor, als ich dem Stamm einen kräftigen Stiefeltritt gebe. Möge der Meister Zimmermann in Frieden in seiner Behausung Weihnachten feiern!

Der Reif sitzt auf den Birkenzweigen wie Lametta. Die Föhrenwipfel sind mit lauter silbernen Quasten geschmückt. Alle Konturen sind zärtlich überhäutet und leicht vermischt. So prangt jeder einzelne Baum vor einem grenzenlosen weißgrauen Firmament.

Unversehens nimmt der Hauch Gestalt an, schießt zu Eis zusammen und klammert sich fest, wo er nur irgend Halt findet. Das kann auf der Borke einer alten Eiche geschehen, es kann aber auch das Gesicht oder der Bart eines Mannes sein. Zum Beispiel die rotgefrorene Nase eines Försters ziert dann ein Dämon von blumenförmigen Kristallen, ab und zu reibt sich der Flamm Jägermann die Hände und nimmt einen stärkenden Schluck aus der Flasche. Mit seinen Gedanken ist er schon bei dem Lichterbaum zu Hause, dort warten die Kinder hinter der Tür, und auf dem Tisch liegen golden verpackte die Geschenke. Froh stapft er über die knisternden Schmelzwege dem Fortbaue zu.

Das verdorrte Kraut am Begrande scheint zum zweitenmal zu blühen. Glitzern von tausend winzigen Wäldchen ist es wie eine Sternblume schön. Wald und Himmel nehmen teil an unserer Freude... Richard Gerlach.

Der Streit um die Erhöhung der Gebäudesteuer

Die Handhabung des § 7 a

Vom Karlsruher Rathaus geht uns zu obigem Thema eine Zuschrift zu, die wir im nachfolgenden ungekürzt veröffentlichen, obwohl wir verschiedene Einzelheiten schon in anderem Zusammenhang unsern Lesern zur Kenntnis gebracht haben.

I. Die richtige Friedensmiete.

Um den Begriff der Friedensmiete festzustellen, ist zunächst notwendig, auf die rechtsrechtliche Grundlage des badischen Gebäudesteuergesetzes, das Gesetz über den Geldwertvergleich bei bebauten Grundstücken in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juni 1926 einzugehen. In § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes sind die Länder ermächtigt worden, die Mietinsbildung abweichend von den Vorschriften des Reichsmietengesetzes zu regeln. In § 3 Abs. 2 des Gesetzes ist zwar der Begriff der Friedensmiete dahin festgelegt, daß als solcher der Goldmarkbetrag des Mietzinses zu gelten hat, der für die am 1. Juli 1914 beginnende Mietzeit vereinbart war. Es ist aber ausdrücklich in § 3 Abs. 2 Satz 2 die Ermächtigung wiederholt, daß die Länder in besonderen Fällen Bestimmungen über die Festsetzung der Friedensmiete treffen können; als besonderer Fall im Sinne dieser Gesetzesvorschrift ist auch der Fall der Erhebung der Geldwertvergleichsteuer in der Form einer Steuer vom Grundvermögen erklärt worden. Letztere Besteuerungsform hat Baden gewählt, wo die Gebäudesteuer seit 1. Juli 1924 in Sonderfällen des Grundvermögenswertes, wie er am 1. April 1914 bestanden hat, oder später berichtigt worden ist, erhoben wird. Von der in den oben erwähnten §§ 2 und 3 des Geldwertvergleichgesetzes erteilten Ermächtigung hat das Land Baden zunächst in § 8 a Abs. 1 Ziffer 2 des Gebäudesteuergesetzes Gebrauch gemacht, welche Bestimmung auf Antrag die Möglichkeit einer Steuerermäßigung für den Fall zuläßt, daß die der Berechnung der gesetzlichen Miete zugrundegelegte Friedensmiete hinter 6 Prozent des Friedensmietwertes eines Gebäudes zurückbleibt. In § 18 Abs. 1 der Vollzugsverordnung zum Gebäudesteuergesetz vom 18. Januar 1927 ist der Begriff der Friedensmiete im Sinne des § 8 a Abs. 1 Ziffer 2 des Gebäudesteuergesetzes dahin erläutert, daß als Friedensmiete die nach den Bestimmungen des Reichsmietengesetzes festgesetzte Friedensmiete gilt.

Die Richtigkeit dieser Auslegung des Begriffs der Friedensmiete im Sinne des Gebäudesteuergesetzes ist in einem Urteil des Bad. Verwaltungsgerichtshofs vom 23. April 1929 ausdrücklich bestätigt worden. Der § 18 Abs. 1 der Vollzugsverordnung zum Gebäudesteuergesetz als rechtsgültige Durchführungsvorschrift zum Gebäudesteuergesetz anerkannt worden. Aus diesen Darlegungen geht hervor, daß das Land Baden für die Zwecke der Erhebung der Gebäudesteuer von der in § 3 Abs. 2 des Reichsgeldwertvergleichgesetzes enthaltenen Ermächtigung der Bestimmung der Friedensmiete in der Weise Gebrauch gemacht hat, daß es als unabweichlichen Begriff der Friedensmiete die nach dem Reichsmietengesetz geltende Friedensmiete erklärt hat. Daraus folgt aber, daß auch für die Umschreibung des Begriffs der Friedensmiete im Sinne des § 7 a des Gebäudesteuergesetzes ausschließlich der im Reichsmietengesetz festgelegte Begriff der Friedensmiete maßgebend sein muß. Durch die Wendung im Texte des § 7 a, daß die erhöhte Gebäudesteuer aus der Friedensmiete zu erheben ist, die der Berechnung der — heute — zu entrichtenden Miete zugrundegelegt ist, sollte lediglich klargestellt werden, daß die erhöhte Gebäudesteuer sowohl die zwangsverwalteten wie die zwangswirtschaftsfreien Gebäude oder Gebäudeerlöse erfaßt; der oben entwickelte Begriff der Friedensmiete

wird durch diese Fassung in keiner Weise verändert. Es würde auch ein logisches Hindernis sein, wenn der badische Gesetzgeber in demselben Steuergesetz zwei verschiedene Begriffe der Friedensmiete für die allgemeine und die erhöhte Gebäudesteuer hätte festlegen wollen; der Begriff der Friedensmiete kann nur ein einheitlicher Rechtsbegriff sein.

II. Die Veränderungen der Friedensmiete

Der Begriff der Friedensmiete ist kein harter Wertbegriff. Durch die Darlegungen unter I ist nachgewiesen, daß als Besteuerungsgrundlage im Sinne des § 7 a die Friedensmiete zu gelten hat, wie sie nach den Bestimmungen des Reichsmietengesetzes festzusetzen ist. Daraus ergibt sich, daß für die zu errechnende Friedensmiete beim Vorliegen der in § 2 Abs. 4 des Reichsmietengesetzes näher bezeichneten Voraussetzungen die Möglichkeit ihrer Abänderung bzw. Neu Festsetzung für die Erhebung der erhöhten Gebäudesteuer besteht. Diese Abänderungs- bzw. Neu Festsetzungsmöglichkeit ist nach der herrschenden Meinung führender Kommentatoren des Reichsmietengesetzes und der ständigen Rechtsprechung des Kammergerichts in Berlin beim Vorliegen folgender Voraussetzungen als gegeben zu erachten:

1. Wenn die für die mit dem 1. Juli 1914 beginnende Mietzeit tatsächlich bezahlte Friedensmiete von der damals bestandenem ortsüblichen Friedensmiete nach oben oder unten abweicht.
2. Wenn sich durch Zusammensetzung oder Teilung der in einem steuerpflichtigen Gebäude seit dem 1. Juli 1914 vorhandenen Räume der frühere Zustand dieser Räume geändert hat.
3. Wenn durch nach dem 1. Juli 1914 vorgenommene bauliche Veränderungen oder wesentliche Verbesserungen, wie Einrichtung von elektrischem Licht und Klosets mit Schwemmanstrich, eine Erhöhung des Mietwerts von Wohnungen oder gewerblichen Räumen eingetreten ist.
4. Wenn sich die äußeren Verhältnisse eines bestimmten Stadtteils oder die Geschäftslage, oder Verkehrslage eines solchen seit 1. Juli 1914 erheblich geändert haben und sich insbesondere dadurch der Wert von vermieteten oder eigengenutzten Räumen erhöht oder vermindert hat.
5. Wenn sich der Verwendungszweck von Räumen in einem steuerpflichtigen Gebäude seit dem 1. Juli 1914 geändert hat und hierdurch eine Veränderung des früher angenommenen Friedensmietwerts der betreffenden Räume eingetreten ist.

Dieser bestehenden Rechtsauffassung ist auch durch die Rechtsprechung der badischen Mietungsämter in der Form einer Neu Festsetzung der Friedensmiete in weitgehendem Maße und vielfach zum Vorteil der Hausbesitzer Rechnung getragen worden. Auch der Erlass des Herrn Ministers des Innern an das Mietungsamt der Stadt Karlsruhe vom 2. Dezember d. J., worin auf die Anwendbarkeit des § 18 Abs. 1 der bereits oben erwähnten Vollzugsverordnung zum Gebäudesteuergesetz für die Ermittlung der Besteuerungsgrundlage nach § 7 a hingewiesen ist, bestätigt die Richtigkeit dieser Rechtsauffassung.

Von diesen Gesichtspunkten ist die hiesige Gebäudesteuerstelle bei der Veranlagung der steuerpflichtigen Gebäude zur erhöhten Gebäudesteuer ausgegangen. Die Veranlagung der Häuser zur erhöhten Gebäudesteuer war keine willkürliche, und die Friedensmiete ist nicht etwa schematisch aus der heutigen Miete errechnet worden.

Zehn Zeilen Filmkritik

„Troika“: Palastlichtspiele.

Ein russisches Motiv von erschütternder Wirkung, die auch am Schluß nicht durch ein „happy end“ abgemildert wird, sondern hier erst zutiefst den Zuschauer packt.

„Das Mädchenjährling“ und „Liesesleebliat“: Uniontheater. Ein Programm in schwarz-weiß Kontrofen. Der erste Film, der wie der andere den Vorzug hat, stumm zu sein, predigt geschickter Bildmontage und feinsten bewegter Handlung die alte Einigenwahrheit: Warnung vor überreichten, unangenehmen Engagements nach dem Ausland.

Hausbesitzer und Streupflicht

Nachdem der Winter seinen Einzug gehalten hat, werden die Grundstückseigentümer gut daran tun, sich ihre Streupflicht bei Schnee- und Eisglatte erneut ins Gedächtnis zurückzurufen. Die näheren Einzelheiten sind bekanntlich in den meisten Fällen durch örtliche Polizeivorschriften geregelt, die im wesentlichen dahin gehen, daß dem Grundstückseigentümer bei Glätte die Pflicht auferlegt wird, den Fußweg längs der Straßenfront seines Grundstücks so oft mit hinreichenden Mengen von Sand, Asche oder sonst geeignetem Material zu bestreuen, daß er sicher gangbar bleibt.

Spiel und Sport

Vom Karlsruher Ringtennis-Sport.

Der Klubkampf Karlsruher Ringtennis-Club - K.S.V.

Die 10 Besten im K.K.C.

Den am Sonntag stattgefundenen Klubkampf zwischen dem Karlsruher Ringtennis-Club und der Ringtennis-Abteilung des Karlsruher Schwimmvereins gewann der K.K.C. überlegen mit 23:4 Punkten.

Folgende Einzelergebnisse wurden erzielt:

Einzelspiel (Herren): Brill G. (K.K.C.) - Schulz (K.S.V.) 10:2, 10:4; Engesser W. (K.K.C.) - Foh (K.S.V.) 10:4, 5:10, 10:1; Baumann (K.K.C.) - Braun (K.S.V.) 10:4, 10:7; Müller Eberhard (K.K.C.) - Schmitt (K.S.V.) 11:9, 10:8; Schmitt (K.K.C.) - König (K.S.V.) 10:6, 10:5; Hülber (K.K.C.) - Selzer (K.S.V.) 10:5, 10:4; Neff (K.K.C.) - Weber (K.S.V.) 8:10, 10:0, 10:2; Hardod (K.K.C.) - Kuhn (K.S.V.) 10:4, 11:9; Diehm W. - Wunsch (K.S.V.) 10:4, 10:3; Geomer (K.K.C.) - Kirchheim (K.S.V.) 10:0, 10:0.

Doppelspiel: Brill G./Engesser (K.K.C.) - Schulz/Foh (K.S.V.) 6:10, 10:7, 10:3; Baumann/Müller (K.K.C.) - König/Selzer (K.S.V.) 10:6, 10:7; Schmitt/Hülber (K.K.C.) - Weber/Kuhn (K.S.V.) 10:5, 10:8; Diehm W./Geomer (K.K.C.) - Kirchheim/Wunsch (K.S.V.) 10:7, 10:4.

Einzelspiel (Damen): Frl. Entermann (K.K.C.) - Frl. Weib (K.S.V.) 10:7, 10:7; Frau Müller (K.S.V.) - Frl. Braun (K.S.V.)

7:10, 7:10; Frl. Dummel (K.K.C.) - Frl. Württemberger (K.S.V.) 10:7, 10:4; Frl. Kreber (K.K.C.) - Frl. Klaiber (K.S.V.) 10:2, 10:0; Frl. M. Schenk (K.K.C.) - Frl. Klaiber (K.S.V.) 10:0, 10:3.

Doppelspiel (Damen): Frl. Entermann/Frau Müller (K.K.C.) - Frl. Weib/Frl. Braun (K.S.V.) 10:3, 4:10, 6:10; Frl. Dummel/Frl. Kreber (K.K.C.) - Frl. Württemberger/Frl. Klaiber (K.S.V.) 10:4, 10:4.

Gemischt: Frl. Entermann/Herr Brill G. (K.K.C.) - Frl. Weib/Herr Schulz (K.S.V.) 7:10, 8:10; Frau Müller/Herr Engesser W. (K.K.C.) - Frl. Braun/Herr Foh (K.S.V.) 10:7, 8:10, 7:10; Frl. Dummel/Herr Baumann (K.K.C.) - Frl. Württemberger/Herr Braun 10:8, 13:11; Frl. Kreber/Herr Müller E. (K.K.C.) - Frl. Klaiber/Herr Schmitt (K.S.V.) 8:10, 10:4, 10:2; Frl. M. Schenk/Herr Schmitt (K.K.C.) - Frl. Klaiber/Herr Braun (K.S.V.) 10:4, 10:6.

Es war erfreulich festzustellen, daß ein zahlreiches Publikum dem Klubkampf beiwohnte und durch lebhaften Beifall sein Interesse an dem Ringtennisport zum Ausdruck brachte. Der Klubkampf konnte reibungslos durchgeführt werden, und ist in erster Linie allen Beteiligten hierfür zu danken.

Weiterhin dürfte es von Interesse sein, die Namen derjenigen zu erfahren, die anlässlich des Karlsruher Ringtennis-Club-Turniers zu den zehn Besten zählen:

Damen: Frau Koppel, Frau Wieland, Frl. Hein, Frl. Entermann, Frau Müller, Frl. Dummel, Frl. G. Kreber, Frl. A. Schenk, Frau E. Wolschlegel, Frl. Schulzstein.

Herren: Herr Brill G., Herr Ebert, Herr Koppel, Herr Seidemann, Herr Rumsey, Herr Brill G., Herr Engesser W., Herr Baumann, Herr Müller Eberhard, Herr Schmitt.

Wir hoffen und wünschen, daß der K.K.C. noch recht oft Gelegenheit hat, sein Können gegen hiesige und auswärtige Gegner unter Beweis zu stellen. Dr. H. G.

Die Aufhebung der gewerbsmäßigen Stellenermittlungen. Gewerbsmäßige Stellenermittlungen werden mit Wirkung vom 1. Januar 1931, in einzelnen Ausnahmefällen ab 1. Juli 1933, aufgehoben. Von diesem Gesetz werden die sogenannten gemeinnützigen kaufmännischen Angestellten-Stellennachweise nicht erfaßt. Nach wie vor können sich Firmen der kaufmännischen Stellenermittlung des Deutschenationalen Handlungsgehilfenverbandes bedienen.

18000 notleidende Mitbürger hast Du! Hilfe ihnen durch Spenden an die Karlsruher Notgemeinschaft!

Uhren u. Goldwaren... Einheitspreistischen: Handtücher Gerstenkorn -25, Herrensocken Jacquard -50, Sockenhalter gute Qualität -75, Kaffeewärmer-Füllungen 1.-

Das Bierhaus Krokodil in Baden-Baden ist umgebaut, neu eingerichtet und wird am 20. Dezember Nachmittag wieder eröffnet, jetzt als Spezialausschank der A.-G. Paulanerbräu Salvatorbrauerei und Thomasbräu in München.

Uhrenhaus Kirschke G. m. b. H. Karlsruhe, Kriegsstr. 70 - Tel. 4180. Das große Haus für Uhren und Schmuck.

Amtliche Anzeigen. Durch Erlass des Herrn Ministers des Innern vom 8. Dezember 1930 Nr. 112 506 ist dem Oberbürgermeister in Karlsruhe die Erlaubnis erteilt worden, bis 31. Dezember 1931, in der Stadt Karlsruhe, Zirkel 30, gewerbsmäßig Weiten der öffentlichen Bekanntmachungen für Pferde abzuhalten.

St. verkarten für das Kalenderjahr 1931. Die Steuerarten werden in diesen Tagen durch die Polizei an die hiesigen Arbeitnehmer verteilt. Sie sind angeheftet auf Grund der bei der Personenerhebungsurkunde vom 10. Oktober 1930 von den Haushaltungsbüroausgaben angelegten Haushaltungslisten.

Für Weihnachten! M. Augusta z. B. m. V. Christkind-Legenden in Wort und Bild. Eine Dichtung mit zwölf Szenenfiguren in Kupferdruck. Groß-Öktav. Preis RM. 1,80.

Strickwesten Pullover, für Damen und Herren in bekannt großer Auswahl. Baitsch & Zircher Erprinzenstraße 21.

4 Zimmer-Wohnung beschlagendefreit, in Freiburg in Zwei-Familienhaus (Neubau) auf 1. April zu vermieten. 4 Zimmer, Bad, Kaminofen, Bad komplett, Südlage unter 6000 an die Geschäftsstelle erbeten.

Tanz-LEHRINSTITUT BRAUNAGEL Nowackstraße 13 Telefon 3895 Anfang Januar Beginn neuer Kurse

Frauenarbeitschule. Gewerliche Fach- und Berufsschule Karlsruhe i. B., Gartenstraße 47. Ausstellung von Schillerinnenarbeiten: Wäsche, Kleider und Handarbeiten nach eigenen Entwürfen.

15. Januar an das Stadt. Statistische Amt, Södringerstraße Nr. 98, werden (schriftlichen Anfragen Basis beiliegend), über die hier veröffentlicht hat die Statistik-Behörde zu geben. Empfänger von Rube- oder Dime-Briefen müssen ihre Steuerarten unter Angabe der für die Auszahlung dieser Bezüge zuständigen Stelle einreichen.

Bankhaus STRAUS & Co. KARLSRUHE I. B. Fernpredi-Anschlüsse Staderverkehr Fernverkehr Devisenabteilung Nr. 4430 bis 4435 Nr. 4901 bis 4903 Nr. 4439

Kalte Füße sind unmöglich in unseren Filz-Hausschuhen, dem idealen Weihnachts-Geschenk für 5 Mk. Rich. Pahr Kronenstr. 4

Frauenarbeitschule. Gewerliche Fach- und Berufsschule Karlsruhe i. B., Gartenstraße 47. Ausstellung von Schillerinnenarbeiten: Wäsche, Kleider und Handarbeiten nach eigenen Entwürfen.

15. Januar an das Stadt. Statistische Amt, Södringerstraße Nr. 98, werden (schriftlichen Anfragen Basis beiliegend), über die hier veröffentlicht hat die Statistik-Behörde zu geben. Empfänger von Rube- oder Dime-Briefen müssen ihre Steuerarten unter Angabe der für die Auszahlung dieser Bezüge zuständigen Stelle einreichen.

Bankhaus STRAUS & Co. KARLSRUHE I. B. Fernpredi-Anschlüsse Staderverkehr Fernverkehr Devisenabteilung Nr. 4430 bis 4435 Nr. 4901 bis 4903 Nr. 4439

Kalte Füße sind unmöglich in unseren Filz-Hausschuhen, dem idealen Weihnachts-Geschenk für 5 Mk. Rich. Pahr Kronenstr. 4

Auto und Radfahrer

Man schreibt uns: Wenn man als unbeteiligter Zuschauer den Verhandlungen des Amtsgerichts beimohnt, so erhält man oft recht sonderbare Eindrücke. So auch in der Verhandlungssache Rühr-Haut. Der Arbeiter Haut wurde beim Überqueren der Landstraße beim Wegabgang nach Leopoldshafen von dem Kammerfänger Rühr angefahren, obwohl Haut nachgewiesenermaßen schon 18 Meter vorher seine Absicht durch Ausstricken des Armes kund gab. Die Verlesung war eine derart schwere, daß Haut wohl nicht mehr unter den Lebenden wäre, wenn nicht zufällig der prakt. Arzt Herr Dr. Gisser von Egenstein zur Unfallstelle gekommen wäre. Tagelang nach dem Unfall war eine 2 Meter lange Mut-lache zu sehen. Nachgewiesen ist auch, daß Herr Rühr den Wagen trotz des Zeichens von Haut nicht gebremst hat und daß er nach dem Unfall noch 150 Meter weiter fuhr. Trotzdem wurde er nur zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Ob letzten Endes gar der Staat noch die Kosten zu tragen hat? Das Leben des Fußgängers ist mithin noch 50 M. wert. Man hätte auch sonst den Eindruck, daß der Autobesitzer sehr schonend angefaßt wurde, denn von Gerichtsseite wurde dauernd von dem „Herrn“ Rühr und „Herrn“ Rentwig gesprochen, wäh-rend die Gegenseite nur mit „Haut“ angeredet wurde, hier wurde der „Herr“ nicht zugebilligt. Derartige Vorkommnisse sind in feiner Weise geeignet, das Ansehen der Justiz zu heben.

4. Spendenliste für die Karlsruher Notgemeinschaft.

Richter K. 4 Monate je 20 RM., f. f. 10 RM., Präsident R. Ni-colaï 5 Monate je 10 RM., G. U. 49 RM., Angestellte und Arbeiter der Bauhütte 15.50 RM., O. Engenheimer 50 RM., Badenwert 340 RM., Direktor Dr. Helmle 100 RM., Direktor Fettweis 100 RM., Profurist Eich 50 RM., O. Jng. Bischoff 20 RM., Dipl.-Jng. Goerg 25 RM., O. Jng. Weibarth 25 RM., Kaufmann Ochs 10 RM., Jng. Schwab 10 RM., Dipl.-Jng. Friede 10 RM., O. Jng. Grein 25 RM., Kaufmann Staedtler 10 RM., Kaufmann Wehler 25 RM., Angestellte und Arbeiter des Badenwerks 218 RM., W. Kipp, Stetten a. F. M., 5 RM., Franz Haniel & Co. 200 Zentner Unionbrüheit, Beamte der Stadt. Tuberkulose-Fürsorgestelle 22 RM., Buchdruckerei Fidelitas 25 RM., Kaufm. Kemm 10 RM., Geschäftsf. Dehn 10 RM., Gen.-Dir. Kimmig 5 Monate je 60 RM., Ungenannt 100 RM., Frau Professor Bredig 20 RM., R. U. Dr. Schrag 100 RM., fa. Sinner u. G. 400 RM., Beamte des Landesgewerbeamtes 55 RM., Dr. G. Herrmann 10 RM., E. & E. Wundt 20 RM., Senatspräsident i. R. Gut 10 RM., B. D. 50 RM., Dr. Kurt Weis 50 RM., Lehrerkollegium Uhländ-schule I 12 RM., Landgerichtsrat Dr. Kiefer 50 RM., Dr. Reichmann 5 RM., Lehrerkollegium der Schillerschule 6 RM., der Gartenschule II 50 RM., der Hebel-Markgrafenschule 20 RM., der Tullaschule II 20 RM., der Liebeniuschule I 14 RM., Rabattspargruppe des Karlsruher Einzelhandels 300 Lebensmittelgutscheine à 2 RM., Reg.-Rat Schif-fer 10 RM., f. A. 4 Monate je 5 RM., f. Waibel 15 RM., Dr. B. 10 RM., Rechn.-Rat E. Kunst 5 RM., O. fin.-Rat Groll 10 RM., Bauges. Gust. Siegrist 50 RM., Personal der Bauges. Siegrist 15 RM., Vorstand d. Bd. Anwaltskammer 200 RM., Dres. Dieß, Kirchenbauer, Sifinger 50 RM., Frau Dir. Wohlgenuth 10 RM., Landger.-Präsi-dent Dr. Dölter 20 RM., Min.-Rat Ulrich 20 RM., Ungen. 15 RM., Beamte der Stadthauptkasse 15 RM., Ungenannt 5 RM., Ungenannt 10 RM., Wafchanhalt Weinheimer 10 RM., Busse d. Polizeidirektion 10 RM., Frau M. B. 50 RM., fa. J. Hahn 100 RM., Prälat Kille-wein 50 RM., O. Reg.-Rat a. D. von Boehd 10 RM., Bad. Kommunale Landesbank 500 RM., fa. Wilh. Blüder & Co. 4 Monate je 25 RM., Personal der fa. W. Blüder & Co. 4 Mon. je 56.50 RM., Dir. Blücher 20 RM., Ungenannt 4 RM., Sammlung h. B. U. 41 RM., fa. Pfannkuch & Co. 20 Zentner Sauerkraut, Beamte des Reichsbahn-betriebsamtes 5, 11 RM., Stadtrat Köpfer 4 Monate je 20 RM., Stadtrat Dr. B. Franz 10 RM., Dr. M. Neumann 100 RM., R. U. Dr. J. Marx 5 Monate je 15 RM., R. U. Dr. Anders 20 RM., R. U. Dr. Hersh 20 RM., Arbeiter der fa. Pfannkuch & Co. 59.25 RM.,

Unsere Sonderbeilage „Die weihnachtliche Kaiserstrasse“

hat den Beifall der darin vertretenen Geschäfte ge-funden und einem großen Teil unserer Leser als Rat-geber für den Weihnachts-Einkauf gedient. Zum „Goldenen Sonntag“ erscheint nun die letzte Ausgabe des diesjährigen Weihnachtsanzeigers. Der fortschrittliche Geschäftsmann nützt diese Gelegen-heit für die letzten Tage noch aus und wirbt durch eine Anzeige im alteingeführten „BADISCHEN BEOBACHTER“

Karlsruher Ständebuch-Auszüge

Todesfälle. 16. Dezember: Auguste Neuhäuser, Ehe-frau von Karl Neuhäuser, Profurist, 68 Jahre alt; Beer-digung: Freitag, 14 Uhr. Marie Lacher, Witwe von Julius Lacher, Geh. Oberregierungsrat, 79 Jahre alt; Feuerbestattung: Donnerstag, 12 Uhr. Maximilian Jooß, Witmer, Werkmeister a. D., 70 Jahre alt; Beer-digung: Donnerstag, 14 Uhr. Maria Anna Jörger, ledig, Krankenschwester a. D., 72 Jahre alt; Beer-digung: Freitag, 11.30 Uhr.

Tages-Anzeiger

für Donnerstag, den 18. Dezember 1930

Bad. Landestheater. 19.30 bis 22.15 Uhr: Bar und Zimmermann. Colosseum. 20 Uhr: Kapitän Wintons tauchende Wasserlöwen und Nymphen. Bad. Kunstverein e. V., Waldstraße 3. 10-1 und 2-4 Uhr: Weis-nachtausstellung. Bad. Lichtspiele, Konzerthaus. Schwarzwaldbüdel. Union-Theater. Das Mädchenjoch, Liebesfleischt. Palast-Lichtspiele. Troika, Grüß mir die Heimat. Kesi-Lichtspiele. Tigerjagd in Indien. Gloria-Palast. Der Greifer.

Herausgeber und Verleger: Sabena in Karlsruhe, A. G. für Verlag und Druckerei, Karlsruhe, i. V. Hauptgeschäftsführer Dr. J. Th. Meyer Verantwortlich für Nachrichten: Kolthoff und Sander. Dr. Wilh. Müller-Reit; für Kulturelles und Kunst: Dr. C. Th. Hübner; für Lokales, Badische Chronik und Sport: A. Richardt; für Anzeigen und Reklamen: Philipp Riederer, somit in Karlsruhe Steinstraße 17. Notationsdruck des Adema A. G.

„Damit die Kerze besser brennt!“ Gerade jetzt für die Kerzen am Weihnachtsbaum ist es interessant, zu wissen, wie man auf eine leichte und einfache Art die Brennauer der Kerzen verlängern kann. Man braucht auf die Kerze ringsum nur etwas Salz zu streuen und die Brennauer wird erheblich verlängert.

Advertisement for 'Geschenk-Körbe' (Gift Baskets) by 'Lebensbedürfnisverein'. The ad features a central illustration of a gift basket with a candle and a scroll that reads 'Frohes Fest durch ein Geschenk vom Verein'. Below the illustration, a list of gift items is provided, including wine, coffee, chocolate, and various meats. The items are arranged in a grid-like fashion. At the bottom, the text 'Abgabe nur an Mitglieder!' (Distribution only to members!) is prominently displayed. The overall design is festive and uses a dark background with white and gold text.

